Freitag, 3. Juni 1932
Nr. 129. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Staatsstreichpläne!

Schein-Reichstag wird aufgelöst — Sofortige Neuwahlen zu einer „verfassungsändernden Nationalversammlung"!

Berlin, 2. Juni 1932.

Um 17.30 Uhr fand in Gegenwart des Reichspräsidenten, wie vorgesehen, die Vereidigung des Kabinetts von Papen statt. Das Kabinett trat darauf zu seiner ersten Sitzung zusammen und beschloß die mit den Nationalsozialisten vereinbarte Auflösung des Scheinreichstages, in dem es nach der Absage der Sozialdemokratie und des Zentrums keine Mehrheit hat. (Bis zum Redaktionsschluß waren die näheren Umstände der Durchführung dieses Beschlusses noch nicht bekannt!)

Revolutionären Widerstand Schafft den Arbeiter-Abwehrblock!

Durch das abgekartete Spiel einer konterrevolutionären Verschwörung ist eine Regierung ans Ruder gekommen, formal noch nach parlamentarischem Brauch, eingesetzt vom Reichspräsidenten, aber in Wirklichkeit nach dem geheimen Rat von Exponenten aller reaktionären Gewalten, — der Trustherzöge, der Generalität, der Junkerstämmlinge in der hohen republikanischen Bürokratie und der Junker selbst. Ihr erster Beschluß zeigt, wohin die Reise geht!

Noch vor wenigen Tagen hat die Mehrheit des gegenwärtigen Reichstages Herrn Brüning ein Vertrauen votiert. Aber dieser Schein-Reichstag wird beiseite geschoben, wenn die entscheidenden Kräfte der herrschenden Großbourgeoisie so beschließen, so wie er für Brüning stimmen mußte, solange das Brüningregime dem Willen der herrschenden Klasse entsprach.

Nicht die parlamentarische Vertretung, — die Spitze der Exekutivgewalt entscheidet, und sie entscheidet nach dem Willen der herrschenden Klasse.

Der erste Beschluß der neuen Diktaturregierung, die zum erstenmal offen den Diktaturcharakter der bürgerlich-republikanischen Herrschaftsmethoden enthüllt, ist die Auflösung eines Reichstags, der willfährig genug die Notverordnungsdiktatur des Brüning-Regimes ertragen hat.

Die Auflösung ist befohlen, weil nicht mehr Brüningsche Halbheiten, sondern nur noch entschlossener Schleicher-Kurs auf das Bündnis mit dem Faschismus die soziale Herrschaft der Ausbeuter retten kann.

Die demokratische Aera ist zu Ende. Ebenso wie das neue Kabinett von einer Spitzenverschwörung aller reaktionären Gewalten beschlossen und eingesetzt, Brüning gestürzt und das neue Regime von oben angeordnet wurde, ebenso beschlossen ist, daß der neue Kurs mit eiserner Hand gegen alle Widerstände durchgeführt wird.

Der tatsächliche Führer des Kabinetts, der General Schleicher, hat einen ehemaligen Minister zum Eintritt in die Regierung zu bewegen versucht mit dem Versprechen, daß seine Regierung eine lange dauerhafte eine Regierung auf wenigstens vier Jahre sein würde!

Das ist der Wille der bürgerlichen Konterrevolution, das ist der Plan:

Mit der Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Scheines die Aenderung der Verfassung herbeizuführen, ihre reaktionäre Anpassung an die neuen Machtverhältnisse, die entstanden sind, nachdem mit den bürgerlich-demokratischen Mitteln, die in der furchtbaren Krise des kapitalistischen Systems ständig wachsende Massenempörung nicht mehr niedergehalten werden kann.

Die konterrevolutionäre Lösung der Klassenspannungen, der gesellschaftlichen Krise zu suchen, nachdem infolge des Versagens der revolutionären Partei, infolge der ständigen feigen Kapitulation der Spitzen der reformistischen Sozialdemokratie, infolge der Enttäuschung der Millionen Massen über diese Politik, die sie alle die Jahre seit 1918 für „sozialistische Politik" halten mußten — die nationalsozialistische braune Armee des Hitlerfaschismus entstanden ist; nachdem seit langem die parlamentarischen Einrichtungen abgebaut, das Gerüst der bürgerlichen Demokratie untergraben und der reaktionäre Umsturz vorbereitet ist.

Die Regierung der Konterrevolution wird Neuwahlen ausschreiben. Wie sie sie durchführen wird und durchführen kann, das hängt auch heute noch vom Widerstand der Arbeiterklasse ab. Was nach ihnen kommen soll, ob ihr Ausgang den Putsch von oben legalisiert oder die Verschwörerzentrale beseitigt und Bonapartismus und Faschismus zu Boden schlägt, wie bei seinem ersten Auftreten im Kapp-Putsch, das hängt jetzt davon ab, ob noch in letzter Stunde die zersplitterten Kräfte der Arbeiterklasse sich einigen, ob im außerparlamentarischen Aufmarsch der Verteidigungsblock der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Werktätigen gegen die bürgerlich-faschistische Konterrevolution zustandekommt.

SPD und Zentrum zur Generalsregierung

Parlamentarische Oppositionsansage

Das Generalskabinett des Freiherrn von Papen will nicht nur auf die Tolerierung der SPD verzichten, sondern es ist seit 1918 die erste Regierung, in der das Zentrum ausgeschaltet wurde. Daraus folgt, daß sowohl SPD, wie Zentrum, ob gewollt oder ungewollt in Oppositionsstellung gedrängt sind. Die SPD gibt ihre Stellung durch einen im gestrigen „Vorwärts" veröffentlichten

Aufruf des Parteivorstandes

bekannt. Der Aufruf ist angesichts der Größe der Gefahr für die Arbeiterklasse äußerst matt und gespickt mit einer Reihe „Feststellungen", die geeignet sind, die größte Verwirrung unter der Arbeiterschaft anzurichten und sie von den notwendigen Kampfmaßnahmen abzulenken. So wird gesagt:

„Dies Kabinett der „nationalen Konzentration" ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeiterschaft, in der die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten, ganz gleich welcher Richtung, ohne jede Vertretung geblieben sind."

Die SPD sieht also in Brüning und Stegerwald, die Minister des größten Lohn- und Unterstützungsraubs aller Zeiten, „Vertreter der organisierten Arbeiterschaft". Weiter sagt der Aufruf:

„Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte . . . selber die Verantwortung übernehmen müssen. Jetzt sollen die neuen Herren zeigen, wie weit ihr demagogisches Geschrei über die Notverordnungen ernst gewesen ist! Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuerverordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden!"

Das ist eine Darstellung, als ob nicht bisher schon die schlimmste Reaktion und Kapitalsdiktatur geherrscht hätte, sondern als ob mit Brüning eine linke Arbeiterregierung gestürzt worden wäre.

„Die Sozialdemokratie tritt in die schärfste Opposition." So heißt es weiter. Doch wie sieht die „Opposition" aus? Die SPD bekommt es fertig, in dieser Stunde ihre ganze „Opposition" aufs Parlament und die „kommenden Reichstagswahlen" zu beschränken. Sie will auch heute, wo das Parlament nur noch eine leere Attrappe ist und wo es fraglich ist, ob überhaupt noch eine regelrechte Reichstagswahl stattfindet, immer noch nicht begreifen, **daß jetzt alles auf den Einsatz der außerparlamentarischen Machtmittel der Arbeiterorganisationen ankommt.** Darüber sagt der Aufruf kein Wort und kennzeichnet sich damit als der Auftakt zu neuen parlamentarischen Manövern, vor denen die Generals- und Faschistendiktatur sich nicht zu fürchten braucht.

Die Stellung des Zentrums

entspricht selbstverständlich der einer bürgerlich-parlamentarischen Partei. Aber es ist bezeichnend, daß die Zentrumspresse **im Ton viel aggressiver als die SPD** gegen die Generalsregierung Stellung nimmt.

Ausschluß von Papen aus der Zentrumspartei

Die Parteileitung des Zentrums teilt mit: „Ohne den persönlichen — wenn auch nicht sachlich vertretbaren — Motiven nahezutreten, aus denen Herr von Papen sich veranlaßt fühlt, den bekannten Schritt zu tun, **stellt die Zentrumspartei fest, daß sein Entschluß in bewußtem Gegensatz zu der Parteileitung erfolgt ist.** Die daraus sich ergebenden Folgerungen sind ohne weiteres klar."

Die Opposition zur neuen Regierung

kommt zum Ausdruck in der

Erklärung der Zentrumsfraktion

Die entscheidende Stelle lautet:

„In einem Augenblick schwierigster politischer Beunruhigung und politisch ungeeigneter Versuche hält es die Zentrumsfraktion für ihre Pflicht, eine Gesamtpolitik zu fordern, in der nationale Freiheit und Gleichberechtigung, entschlossener Kampf mit dem Kernproblem der Arbeitslosigkeit, Sicherung unserer Währung, Erhaltung selbständiger Existenzen in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die Gewährleistung sozialer Grundrechte und Fürsorgemaßnahmen und volkstümliche Siedlungspolitik. Wesensbestandteile sind. **Aus solcher Ueberzeugung heraus lehnt die Zentrumsfraktion die Zwischenlösung ab."**

Das neue Kabinett

Amtlich wird Donnerstag abend folgende Ministerliste bekanntgegeben: von Papen (Kanzler); von Gayl (Inneres); von Neurath (Aeußeres); von Schleicher (Reichswehr); von Braun (Ernährung, Landwirtschaft); von Rübenach (Verkehr, Post); Graf Schwerin (Finanzen); Prof. Warmbold (Wirtschaft, Arbeit); Dr. Gürtner (Justiz).

Sechs Freiherren, ein Graf, ein Industrieherzog und ein reaktionärer Bürokrat! Nicht wie ein Ministerkabinett aus dem Jahre 1932, sondern wie ein Wachsfigurenkabinett vormärzlicher Gestalten von 1832 mutet diese Liste an.

Jedoch Herr Warmbold von der IG Farben und der General Schleicher in dieser Gesellschaft erinnern eindringlich, daß wir es mit einer ungemein gefährlichen Verjüngung der Reaktion zu tun haben, jenem Amalgam von modernstem Militär, und Monopolkapital mit den feudalen Grundherren überresten — dem deutschen Bonapartismus von 1932!"

Die Katze aus dem Sack

Obwohl auch zur Stunde das Kabinett der Neudecker Front noch nicht vollständig ist und noch weniger Erklärungen des Reichskanzlers vorliegen, besteht über seinen innenpolitischen Kurs kein Zweifel. Es wird die schon von Brüning mit großzügigster Hand betriebene Subventionspolitik für Großgrundbesitz und Industrie mit verstärkter Kraft fortsetzen und die Staatskassen zu diesem Zwecke noch weiter ausplündern. Das kann nur geschehen, wenn damit auch jener andere Weg mit entsprechend erhöhtem Nachdruck fortgesetzt wird, auf dem Brüning ebenfalls bereits mit so großem Erfolg vorangegangen ist: der Weg des Lohn- und Sozialabbaus. Den „Interessentenhaufen", angesichts deren maßloser Ansprüche — lang ist es her — sogar der Finanzminister des Brüning-Kabinetts, Dietrich, die Flucht in die Oeffentlichkeit anzutreten sich gezwungen sah, winken also im Zeichen der „nationalen Konzentration" herrliche Zeiten. Sie brauchen in Zukunft noch weniger lange auf Zuwendungen warten und auch der Lohnabbau wird sich noch prompter vollziehen wie nach dem doch sehr beschleunigten Verfahren Brünings und seines Arbeitsministers Stegerwald.

Es entspricht nur diesem in Neudeck beschlossenen Kurs, wenn jetzt der Einfachheit halber das Reichsarbeitsministerium unbesetzt und in eine Unterabteilung des Reichswirtschaftsministeriums umgewandelt werden soll. Das ist nicht nur praktischer und schaltet Reibungen, die sich auch bei dem gefügigsten Reichsarbeitsminister ergeben müßten, aus, sondern ist auch zugleich der bewußte Bruch mit einer Einrichtung, die ihre Entstehung der Revolution verdankt und somit ebenfalls zu denjenigen Bestandteilen des Staates gehört, die mit Stumpf und Stiel auszurotten die jetzt wieder in ihre alte privilegierte ministerliche Würde eingesetzten Freiherren sich zur besonderen Aufgabe gestellt haben.

Während freilich der neue Reichskanzler noch auf der Ministersuche begriffen ist und noch keine Zeit gefunden hat, das Programm der neuen Regierung auch nur andeutungsweise zu verraten, hat der der neuen Regierung nahestehende Landbundvorsitzende, Graf v. Kalckreuth, die Katze aus dem Sack gelassen. Einem Vertreter der dänischen Zeitung „Berlingske Tidende" verkündete er als Hauptaufgabe der neuen Regierung: „Wir müssen durch Arbeitslosenarbeit ein neues Kapital schaffen", wobei er — mehr dunkel als klar — als seine Meinung hinzufügte, „daß wir genötigt sein würden, dieses Zukunftskapital in gewissem Umfang zu diskontieren". Diese Aeußerung machte Kalckreuth bezeichnenderweise als Antwort auf die heute sehr im Vordergrunde stehende Frage, ob er eine neue Inflation für wünschenswert halte. Das hat der freiherrliche Landbundführer erwartungsgemäß zwar prompt verneint, aber was er als die Hauptaufgabe herausstellte, vor allem die Forderung, „das Zukunftskapital zu diskontieren", kann gar nicht anders verstanden werden, als daß die Regierung in der Tat beabsichtigt, die von ihr geplante Arbeitslosendienstpflicht mit Hilfe der Notenpresse oder aber einer künftigen Kreditschöpfung zu finanzieren, was eine Inflation zur unvermeidlichen Folge hätte, auch wenn diese nicht für „wünschenswert" gehalten wird.

Die Inrechnungstellung einer solchen Entwicklung war es auch vor allem, die jene „Sachwerthausse" an der Börse verursacht hat. Die Börse sah in Brüning und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther eine gewisse, wenn auch nur sehr bedingte Gewähr gegen eine Wiederholung des Inflationsexperiments. Der schnelle Sturz Brünings schien ihr nicht zuletzt darum bewerkstelligt zu sein, um mit ihm gerade dieses Hemmnis zu beseitigen und da gleichzeitig der Schatten Schachts auftauchte, so wurde daraus geschlossen, daß auch Luthers Tage gezählt seien.

Es ist unverkennbar, daß die neuen Regierungsmänner durch diese Entwicklung etwas nervös geworden sind. Die gesamte ihr nahestehende Presse versicherte sofort, daß keinerlei Inflationsabsichten bestehen und, um diesen Versicherungen erhöhte Beweiskraft zu verleihen, hat von Papen am Donnerstagabend demonstrativ den Reichsbankpräsidenten Luther zu einer Unterredung zu sich gebeten und im Anschluß daran ein Kommuinqué verbreiten lassen, wonach sich „völlige Uebereinstimmung insbesondere darüber ergab, daß keinerlei Währungsexperimente und überhaupt auf dem Währungs- und Kreditgebiet keine Maßnahmen in Frage kommen, aus welchen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnten." Daß indessen damit das herrschende Mißtrauen endgültig beseitigt wäre, wird sich kaum behaupten lassen. Schließlich kommt es auch gar nicht darauf an, was man will oder nicht will, sondern was man bewirkt. Und in dieser Hinsicht sind nun — darauf deuten gerade die Erklärungen einer für das Junker-Kabinett Papen so autoritativen Persönlichkeit wie des Grafen von Kalckreuth — alle Befürchtungen am Platze.

Denn nur um die Dinge ihren bisherigen Gang weiter gehen zu lassen, hat man Brüning nicht in die Wüste geschickt. Die Junker und Industriellen wollen Ware für ihre Reisegelder nach Neudeck sehen. Sie verlangen, daß ihre Wünsche samt und sonders erfüllt werden.

Dafür gibt es nun freilich auch noch einen andern Weg, den — neben der Schaffung von neuem Kapital durch Arbeitslosenarbeit — der Graf von Kalckreuth ebenfalls verraten hat: die Löhne müßten „elastischer gestaltet" werden! „Dadurch würden mehr Betriebe in Arbeit kommen und die gesamten Arbeitseinnahmen würden größer werden." Es ist dies das alte Rezept, das schon Brüning mit dem Erfolg angewendet hat, daß die Arbeitslosigkeit nicht verschwand oder sich auch nur minderte, sondern im Gegenteil noch fortgesetzt und ununterbrochen stieg.

Wenn darum Brüning stürzte, so nicht zuletzt aus dem Grunde, daß er bei allem Entgegenkommen an die Wünsche der Kapitalistenklasse noch im Verzug geblieben ist. Die Kapitalisten verlangen ganze Arbeit, und sie zu liefern, ist auch nicht die nebensächlichste Mission des neuen Kabinetts. Will es aber diese Mission erfüllen, dann braucht es völlig freie Bahn und dann bleibt auch kein Raum mehr für Tarifverträge, für soziale Einrichtungen und auch nicht für Gewerkschaften. Jawohl, hierum geht es: das neue Kabinett ist eine einzige Kampfansage an die gesamte Arbeiterbewegung und ihre Errungenschaften. Es gibt darum auf diese auch nur eine Antwort: den geeinten Kampf der Arbeiterklasse mit allen ihren Organisationen.

Zu den bevorstehenden Wahlkämpfen

Aufruf zur Sammlung und zum Kampf

Genossinnen und Genossen!

Die sich überstürzenden Ereignisse geben der Sozialistischen Arbeiter-Partei in vollem Umfange recht.

Sozialdemokratie und Eiserne Front glaubten durch Festhalten der preußischen „Machtposition", durch die Tolerierung Brünings und durch die Wiederwahl Hindenburgs die Demokratie verteidigen und den Faschismus abwehren zu können. Die preußische Machtposition ist verloren; Brüning ist „ausgeworfen; ein erzreaktionäres Kabinett der kapitalistischen Junker- und Offiziersclique bereitet die Hitlerdiktatur vor! Die Weimarer Verfassung ist nur noch ein Stück Papier; planmäßiger Naziterror gegen Arbeiter und Arbeiterversammlungen steigert sich von Tag zu Tag.

Nach allen Opfern und Leiden der letzten Jahre wird das Proletariat heute unmittelbar bedroht durch die terroristische Naziditktatur, durch Vernichtung der letzten politischen und sozialen Rechte, durch Inflation und Krieg. In einer angesichts des Versagens des Kapitalismus objektiv revolutionären Situation rüstet die Konterrevolution zu den letzten Schlägen, die nicht nur die Organisation des Proletariats, die auch die Existenz des einzelnen Arbeiters unmittelbar mit Vernichtung bedrohen.

Diese Entwicklung war nur möglich durch die Zerrissenheit des Proletariats

Wir haben immer wieder gesagt, daß trotz aller tiefgehenden Gegensätze die proletarischen Organisationen sich gegen die immer mehr drohende Konterrevolution zu gemeinsamer Abwehr zusammenfinden müssen, um das schlimmste zu verhüten. Aber in engstirnigem Parteiegoismus fahren die Bürokratien von SPD und KPD noch immer im alten Parteigeleise der gegenseitigen Entlarvung und Bekämpfung und führen so die deutsche Arbeiterklasse dem Abgrund entgegen.

Genossinnen und Genossen!

In dieser Situation müssen wir unsere Anstrengungen verdoppelt.

Nie waren Existenz und Arbeit der SAP nötiger für das deutsche Proletariat als heute

Tief in die Reihen der SPD geht heute die verhängnisvollen Illusionen ihrer Führung; tief falschen Illusionen der Parteiführung; tief ist die Unzufriedenheit in den Reihen der KPD über die unehrliche, das Proletariat zerreißende und lähmende sogenannte „Einheitsfronttaktik" der KP-Zentrale, als immer unerträglicher empfinden die Arbeiter die Passivität der Gewerkschaftsführung.

Unsere Argumente gegen diese Politik hat man seitens der SPD und KPD nicht widerlegen, die Richtigkeit unserer Politik nicht ernsthaft bestreiten können; man hat mit törichem Uebermut uns wegen unserer angeblichen zahlenmäßigen Schwäche beiseite geschoben. Heute fühlt man sich nicht mehr so sicher und überlegen. Das Feuer brennt unter den Nägeln: die Mitglieder rebellieren. Deshalb gilt es, unsere eigenen Reihen zu stärken, damit wir uns größere Beachtung erzwingen können. Wir müssen bei den kommenden Hessenwahlen, wir müssen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen größere Massen sammeln, um stärker auf SPD und KPD einwirken zu können.

Genossinnen und Genossen, in bitternernster Stunde, in einer Situation, in der wir als Partei und als einzelne die Feuerprobe zu bestehen haben, wenden wir uns an euch. Wir brauchen für die bevorstehenden Kämpfe den

Einsatz eurer ganzen Kraft

Wir brauchen aber auch, um die dringlichsten Aufgaben erfüllen zu können, Geld.

Wir brauchen Geld für unsere Presse, für die bevorstehenden Wahlen.

Wir wissen, daß Ortsgruppen und Bezirke bereits hohe Anforderungen an euch stellen. Trotzdem muß jeder, der irgend dazu in der Lage ist, mithelfen, daß auch die Zentrale der Partei die mit den wachsenden Aufgaben steigenden Ausgaben leisten kann. Jeder leiste sofort Zahlungen auf das Konto des Parteivorstandes

Konto 416 79 Leipzig

Dringend erwünscht ist, daß sich minderbemittelte Genossen zusammentun, um gemeinsam Zahlungen vorzunehmen. Eile tut not!

Sammelt bei jeder Gelegenheit für den Kampffonds des Parteivorstands. Die eingegangenen Gelder werden laufend in unserer Presse quittiert.

Genossinnen und Genossen!

Laßt unseren Mahnruf nicht ungehört verhallen!

„Kampfbereit"

heißt der Gruß unserer Jugend. Helft mit, daß wir für die nächsten Monate gerüstet, daß wir kampfbereit sind.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei

Schlechte Zensur im Ausland

Die schlechten Zensuren, die schon die ersten Betrachtungen der Auslandspresse dem neuen Kabinett einbrachten und die in den Kreisen der neuen Regierung sichtbar unangenehm berührt haben, werden durch die weiteren Aeußerungen noch verstärkt. Namentlich ist es der Herr v. Papen, der hierbei schlecht weg kommt, der ja auch neben Schleicher und Neurath der einzige ist, den man über die Grenzen Deutschlands hinaus — allerdings auch in einer wenig rühmlichen Weise — kennt. Immer wieder kommt man auf seine Rolle während des Krieges zurück und hält man ihm seine erwiesene Skrupellosigkeit vor. Die Kritik schont auch nicht den Reichspräsidenten, dessen hohes Alter ihm bisher einen gewissen Schutz verlieh. Man deutet gelegentlich an, daß ihn die eigentliche Verantwortung für den Gang der Dinge treffe und daß er sich für die Hilfsdienste, die ihm gerade diejenigen Parteien und Personen bei der Wahlkampagne erwiesen, sehr undankbar gelohnt und alles andere als ein neues Beispiel der berühmten Nibelungentreue gegeben habe.

Gelegentlich trifft man derartige Betrachtungen auch in der staatsparteilichen deutschen Presse und nur der „Vorwärts" redet sich, oder besser: seinen Lesern noch immer ein, daß Hindenburg nur das Opfer einer schimpflichen Intrigue gewesen sei, womit freilich der wiedergewählte Reichspräsident auch als Mensch in ein schiefes Licht gerate. Diese Darstellung ist natürlich nur der krampfhafte Versuch, die Sozialdemokratie selber aus der unbeschreiblichen und von jedem denkfähigen Arbeiter empfundenen Verlegenheit zu retten, in die sie durch ihr Trommelrühren für den Sieg Hindenburgs geraten ist. Denn natürlich weiß Hindenburg sehr wohl, was er tut und wessen Interessen er dabei wahrnimmt. Man kann ihm auch nicht einmal den Vorwurf der Ueberraschung oder gar der Ueberrumpelung machen. Hindenburgs seinerzeitige Rede vor dem Rundfunk hat für jeden, der Worte wägen kann, den jetzigen Kurs bereits angedeutet. Und wer noch Zweifel hatte, der brauchte sich nur nach den Männern umzusehen, die Hindenburg seit kürzerer Zeit in sein Vertrauen gezogen hatte. Von dem Brief nach Doorn, in dem er den desertierten Kaiser untertänigst seiner unverbrüchlichen Treue versicherte, oder von seinem offenen Eintreten gegen den Volksentscheid über die Fürstenabfindung ganz zu schweigen.

Aber auch wenn man die jetzige Darstellung des „Vorwärts" nicht nur als ein Verlegenheitsprodukt und darum ernster bewerten wollte als sie es in Wirklichkeit verdient, so bliebe noch immer die Tatsache, daß die Sozialdemokratie die politisch Genasführte ist. Der „Vorwärts" gäbe damit nur zu, daß die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft das Eintreten für einen politisch Schwachsinnigen als Präsidenten zugemutet hätte. Dieses letztere zu untersuchen ist nicht unsere Angelegenheit. Uns interessiert nur die Rolle der Sozialdemokratie und der verhängnisvolle, jetzt in seiner ganzen Furchtbarkeit aufgehende Dienst, den sie der Arbeiterklasse dadurch erwiesen hat, daß sie die Stimmen für Hindenburg sammelte, statt die Reichspräsidentenwahl durch Aufstellung eines Arbeiterkandidaten zu einer großen politischen Aktion zu machen, die zumindest das Kraftgefühl der klassenbewußten Arbeiterschaft gesteigert hätte.

„Der berüchtigte Herr von Papen"

TU. London, 2. Juni 1932

Die „Times" richtet in einem Leitartikel scharfe Angriffe gegen den neuen deutschen Reichskanzler von Papen. von Papen stehe nach seinem Charakter und seiner Vergangenheit den Deutschnationalen weit näher als dem Zentrum. Das ganze Kabinett vertrete die engstirnige Form von Nationalismus in der deutschen Politik, nämlich den äußersten rechten Flügel, der bei den Wahlen im Reich und in den Staaten rasch seine Sitze an die Nationalsozialisten verloren habe. Das Blatt weist dann auf die großen Anstrengungen hin, die Brüning beim Wahlfeldzug für die Präsidentenwahl gemacht habe, um Hindenburgs Wiederwahl zu sichern. Hindenburg habe nun Brüning entlassen „zugunsten des berüchtigten Herrn von Papen".

„Daily Telegraph" bezeichnet General v. Schleicher als den starken Mann im neuen Kabinett. Er werde die treibende Kraft sein und gleichzeitig das wichtigste Bindeglied des neuen Kabinetts mit dem Reichspräsidenten. Es wäre ein Mißverständnis, wenn man glaube, daß Schleicher ein Unglück für Europa sein würde. Niemand wisse besser als er, daß von Papen eine deutsch-französische Verständigung für wichtig zur Befriedung Europas halte.

„Ein skrupelloser Mensch"

Das „Journal des Débats" bezeichnet Papen als einen „skrupellosen Menschen", der nicht davor zurückgeschreckt sei, Sabotageakte gegen amerikanische Fabriken zu unternehmen, und zwar zu einem Zeitpunkt, als Deutschland mit Amerika noch im Frieden gelebt habe. Er habe seine diplomatische Immunität mißbraucht und die elementarsten internationalen Gesetze verletzt. **Aus seinen früheren Handlungen könne man nunmehr den Wert abschätzen, den man den Erklärungen und Verpflichtungen der künftigen Reichsregierung beizumessen habe.**

Der „Matin" bezeichnet den neuen Reichskanzler als ultrareaktionär. Französischerseits könne man seinem Kabinett nicht die Autorität zusprechen, die eine deutsche Regierung haben müsse, um das Reich auf großen internationalen Konferenzen zu vertreten. Die Außenpolitik werde zwar brutaler denn je sein, sich aber im großen und ganzen in dem Rahmen halten, der bereits von Stresemann nach der Ruhrbesetzung gezogen worden sei.

Ein Feind der Sowjetunion

TU. Moskau (über Kowno), 2. Juni 1932

Die „Iswestija" schreibt zur Bildung des Kabinetts von Papen, daß der neue Kanzler zu jenen politischen Kreisen gehöre, die den Rapallo-Vertrag bekämpft hätten. von Papen und General von der Lippe hätten seinerzeit in Paris über die Bildung eines Antisowjetblocks verhandelt und versucht, Frankreich für diesen Plan zu gewinnen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen sei nichts bekannt geworden; jedenfalls gehöre von Papen zu den Führern der antisowjetrussischen Kreise in Deutschland.

Die Christen zum Ruhrschiedsspruch

TU. Essen, 2. Juni 1932

Ebenso wie der freigewerkschaftliche Bergbauindustrieverband hat auch der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter beschlossen, den Schiedsspruch über den Lohntarif im Ruhrbergbau anzunehmen und seine Verbindlichkeitserklärung zu beantragen, dagegen den Manteltarif abzulehnen.

Nazi-Begünstigung im Felseneck-Prozeß

Oldenstedt des Meineids überführt — Aufklärung des Klemke-Mordes systematisch verhindert — „Internationale" im Gerichtssaal

Berlin, 2. Juni 1932

In der Vormittagsverhandlung des „Felseneck"-Prozeß stellt Rechtsanwalt Litten den Antrag zur Aufklärung des Falles Greven-Oldenstedt, Greven, Frau Schwarz und Kriminalkommissar Dr. Haubach als Zeugen zu vernehmen. Haubach ist in der Sache Greven mit der Ermittlung beauftragt worden, und hat das

Ermittlungsverfahren erst 24 Stunden nach den Enthüllungen der Verteidigung eingeleitet.

In diesen 24 Stunden sind die Spuren verwischt worden, es ist anzunehmen, daß G. in der Zwischenzeit die Polizeitaschenlampe Os. mit der Zivilitaschenlampe vertauschen konnte, die dann bei der Haussuchung gefunden wurde. Die Staatsanwaltschaft hat nichts zur Beschleunigung des Verfahrens getan. Auf die Meldungen von Gs. Flucht, hat die Polizei dies erst zugegeben und dann bestritten. Die Hausbewohner haben die Auskunft erteilt, G. sei verreist, und die Polizei hat sich damit begnügt, ohne die Wohnung zu öffnen. Der Staatsanwalt erwidert, daß er auf diese Art von Angriffen nichts zu antworten habe. Die Bezichtigungen gegen Greven entbehrten jeder Grundlage. Die Verhandlung wird dann vertagt, um dem Gerichtsarzt Gelegenheit zu geben, den schwer erkrankten Angeklagten Becker auf seine Verhandlungsfähigkeit zu untersuchen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt der Sachverständige, der Angeklagte sei höchstens zehn Minuten verhandlungsfähig.

Der Staatsanwalt teilt mit, der Zeuge Oldenstedt wolle seine Aussage in verschiedenen Punkten „ergänzen".

Oldenstedt erklärt, daß er sich in Begleitung mehrerer Nazis befunden habe, um zu telephonieren. In der Hand habe er seine Dienstpistole gehabt. Die Nazis waren ihm behilflich beim Oeffnen der Telephonkabine, sie folgten ihm auch bis zum Telephon und leuchteten mit einer Taschenlampe. Die Pistole legte er auf das Schaltbrett. Beim Verlassen der Zelle redeten mehrere Nazis auf ihn ein, und in der Aufregung hat er die Pistole liegen lassen. Später entsinnt er sich dieser Tatsache, kehrt um, und aus dem Hausflur kommt ihm ein Mann entgegen, der ihm die Pistole mit den Worten: „Hier ist die Pistole, ich habe sie aufbewahrt", zurückgibt. Auf die Frage des Staatsanwalts, warum er diese Angaben nicht schon früher gemacht hat, antwortet O.:

„Mir ist die Tatsache entfallen."

Die Pistole war geladen und gesichert. Gestern sei ihm auf dem Polizeipräsidium Greven gegenübergestellt worden. Darauf habe er heute seine Aussage ergänzt.

Rechtsanwalt Litten macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er bisher auf alle eindringlichen Fragen der Verteidigug bestritten habe, seine Pistole jemals aus der Hand gegeben zu haben. O. behauptet, daß ihm erst heute die Tatsache wieder eingefallen ist. Die Frage ob er G. auch seine Taschenlampe gegeben habe, verneint O., er kann es, da man G.

zur Verwischung der Spuren 24 Stunden Zeit

gegeben hat.

In dem Augenblick, als sich Rechtsanwalt Litten erhebt, um den Antrag zu formulieren,

O. wegen Meineids bei der bestehenden Verdunkelungsgefahr sofort zu verhaften,

springt der Staatsanwalt auf und erklärt, die 10 Minuten Verhandlungsdauer sind abgelaufen und die Verhandlung müsse im Hinblick auf den Zustand des Angekl. Becker auf Montag vertagt werden.

Rechtsanwalt Litten sehr erregt: **„Es ist die Technik der Staatsanwaltschaft, die Verhandlung in dem Augenblick zu vertagen, wo sie den Höhepunkt erreicht hat, um der Gegenseite immer wieder Gelegenheit zur Verdunkelung des Tatbestandes zu geben.** Der Sachverständige erklärt jetzt plötzlich, daß der Angeklagte nicht mehr für fünf Minuten verhandlungsfähig sei.

Becker selbst erklärt, durchhalten zu wollen. Trotz seiner „Schonungsbedürftigkeit" debattiert aber das Gericht weitere 15 Minuten lang, abermals 15 Minuten dauert die Beschlußfassung des Gerichts.

Unter ungeheurer Empörung der Angeklagten, der Verteidiger und der Zuhörer verkündet das Gericht: Vertagung bis Montag. Im Zuhörerraum ertönt die „Internationale", in größter Erregung wird der Saal geräumt, den das Gericht fluchtartig verlassen hat.

Skandalöse Zustände im christlichen Erziehungsheim

Schwere Mitschuld sozialdemokratischer Dezernenten

Berlin, 2. Juni 1932.

Im Verlauf der weiteren Verhandlung gegen die Templiner Menschenschinder, über deren Beginn wir bereits berichtet haben, ergab sich, daß die angeschuldigten Erzieher sich der schwersten Vergehen gegen die Zöglinge schuldig gemacht haben. Der Erzieher Wenda erklärte, daß er

Schläge zu gegebener Zeit für ein gutes Erziehungsmittel

halte. Die Vernehmung der Angeklagten Teschler und Knoblauch, denen unsittliche Handlungen gegenüber den Zöglingen vorgeworfen werden, fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Bei der Vernehmung des Teschler stellte sich heraus, daß der Anstaltsleiter Pfarrer Grübler ihm nach Bekanntwerden dieser Verfehlungen geraten habe, heimlich den Waldhof zu verlassen und ihm auch das Reisegeld zur Verfügung gestellt hat. Damit ist der Verdacht der

Begünstigung durch den Anstaltsleiter

gegeben.

Schwer belastendes Material gegen die verantwortliche Stadträtin, die Sozialdemokratin Weyl, die ihr Nichterscheinen bei der Verhandlung mit „Krankheit" entschuldigt hat, ergab die Zeugenvernehmung der sozialdemokratischen Jugendamtsdezernentin Todenhagen. Ihre Aussagen beweisen, daß Frau Weyl über die Prügelmethoden in der christlichen Zuchtanstalt genau informiert war, aber nicht das geringste dagegen unternommen hat. Die Zeugin wußte, daß die Knaben mit Schlüsselbunden, Lederriemen und Knüppeln gezüchtigt wurden, und teilte dies der verantwortlichen Stadträtin mit. Diese begnügte sich mit einer Unterredung mit Pfarrer Grübler, der versprach, das Prügeln einzustellen.

Die Zeugin selbst, die wußte, daß von der vorgesetzten Behörde nichts Ernsthaftes unternommen worden ist, um diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen, hat es mit ihrem sozialdemokratischen Gewissen zu vereinbaren vermocht, es mit der Mitteilung bewenden zu lassen. Die Flucht an die Oeffentlichkeit, die in diesem Falle ihre unbedingte, wenn schon nicht dienstliche, so doch sozialistische Pflicht gewesen wäre, hat sie nicht für notwendig gehalten.

Zwei sozialdemokratische Frauen in verantwortlicher Position haben gut geschlafen, obwohl sie wußten, daß in nächster Nähe Kinder, die ihrer Obhut unterstehen, halbtot geprügelt wurden. Sie haben sich nicht aus ihrer staatserhaltenden Ruhe bringen lassen. Sozialdemokratische Machtpositionen...

*

Der Abend-Vorwärts bringt zwar eine ganze Seite über „Jugend in Not" und Fürsorgeerziehung, schöne theoretische Abhandlungen, aber keine einzige Zeile über diesen Skandal. Bezeichnend...

Auf der Flucht vor dem Hunger

Zu Fuß von Hamburg nach Afrika

Berlin, 2. Juni 1932.

Dem Schnellgericht Mitte wurde gestern der rumänische Staatsangehörige Andor Vatila vorgeführt, der in Hamburg mit einem Frachtdampfer angekommen und von dort über Frankfurt a. M. zu Fuß nach Berlin gewandert war, wo man ihn, weil er keine Papiere besaß, festnahm. Der Rumane, der in elendem Zustande und mit völlig zerrissenen Kleidern vor seinen Richtern stand, erklärte, daß er Rumanien verlassen habe, weil dort die Menschen vor Hunger sterben. Deshalb wolle er nach Afrika wandern, um so dem Hungertode in der Heimat zu entgehen. Den Zwangsaufenthalt von fünf Tagen Haft, zu dem ihn das Gericht verurteilte, nahm Vatila als nicht unerwünschte Erholung von seinen bisherigen Strapazen ohne Trauer in Kauf.

FIL UND WIR

Festspiele in der Kamera

Eine interessante Vorführung bot im Rahmen ihrer Festspiele die „Kamera", zu der Dr. Bernhard Diebold einen einführenden Vortrag hielt. Es handelt sich um eine Form des Tonfilms, die vielleicht, wenn auch nicht ausschließlich, die Form der Zukunft sein dürfte. Die Vermittlung eines rein optischen Eindrucks des Rubinsteinschen Musikstückes „Lichtertanz" in der Begleitung eben dieser Musik geschah durch gemalte Ornamente, ausgeführt von Hans Fischinger. Der Film löst die Starre dieser Malerei, er vermag den optisch-akustischen Eindruck, den man z. B. erhält, wenn man mit geschlossenen Augen einer Musik lauscht, sichtbar zu machen, indem er die Formen in lebendiger Folge über die Leinwand jagt. Die kurze und trotzdem wegweisende Arbeit Fischingers muß als die geglückte Darstellung eines musikalischen Eindrucks gewertet werden. Wie helle Fanfarentöne in Linien emporstreben, wie funkelnde Schwerter aufblitzen, wie festlich-jubelndes Klingen im bestirnten Raum aufsteigt und sich in der Bewegung weitet und zusammenzieht, wie süße, getragene Melodien in wellenförmig-heiter gebogenen Linien schwebend auf- und niedergleiten, wie Dissonanzen jäh sich kreuzen und schneiden, das dunklere Echo durch matte Linien angedeutet wird, alles das ist auch dem Laien Genuß und Eindruck.

Als zweiten Film gab es eine Neu-Aufführung des ausgezeichneten stummen Dreyer-Films: „Johanna von Orleans". Die Darstellung des intensiven Lebens der Johanna, sichtbar gemacht allein durch den Ausdruck eines Antlitzes und durch die Sammlung von Köpfen der Priester und Richter, bringt uns zum Bewußtsein, welche hochentwickelte Ausdrucksmöglichkeit uns durch den heutigen Tonfilm genommen und unersetzt gelassen ist.

Das Programm ist ausgezeichnet zusammengestellt, auch die Voranzeigen der „Kamera" versprechen viel. Wir glauben mit Recht sagen zu dürfen, daß hier dem Kitschfilm zu Leibe gegangen wird. W. R.

Die helfende Hand

Von Walmann

Emil Klein war einer von den vielen Menschen, die noch immer nicht begriffen haben, daß nur der gemeinsame Kampf aller von den wenigen Parasiten ausgesogenen Menschen ein besseres Dasein erzwingen kann. Er war der Auffassung, daß es immer Reiche und Arme gegeben habe und daß es heute auch nicht anders sein könne. Die Hinweise auf Rußland, wo sich die Arbeiter selbst regieren, machten auf ihn wenig Eindruck. Emil Klein berief sich auf die bürgerlichen Zeitungen und die Demokratie in seinem Vaterlande Deutschland. Ganz besonders gern zitierte er in Unterhaltungen die Artikel der Reichsverfassung vom 11. August 1919. Von einem schlechten Gedächtnis konnte bei ihm keine Rede sein, denn er wußte genau, daß Artikel 1: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Artikel 109: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich." und Artikel 114: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich" hieß. In Gesprächen, die er mit klassenbewußten Arbeitern führte, die ihm klar zu machen versuchten, daß die von ihm zitierten Artikel der Reichsverfassung nicht im Interesse der Mehrheit des Volkes, der schaffenden Bevölkerung, sondern nur der Minderheit, der Bourgeoisie, angewandt werden, vertrat er den Standpunkt, daß daran nur die Arbeiter selbst schuld seien, da sie ja in Demonstrationen usw. direkt Konflikte suchen, um mit dem Staatsapparat in Berührung zu kommen. Emil Klein glaubte, als deutscher Staatsbürger immer sein Recht vor dem höchsten Gerichtshof zu finden.

Gelegentlich einer Arbeiterdemonstration kam es durch das provozierende Auftreten einiger Polizisten zu einem Handgemenge zwischen Demonstranten und den „Ordnungshütern". Blindwütig wurde mit dem Gummiknüppel alles, was nicht schnell genug laufen konnte, zu Boden geschlagen und verhaftet.

Der Zufall wollte es, daß neben vielen anderen Nichtdemonstranten auch Emil Klein sich nach einer gehörigen Gummiknüppelabreibung dazu bequemen mußte, auf einen Polizeiwagen inmitten zahlreicher schwerbewaffneter Polizisten die unfreiwillige Fahrt zum Polizeipräsidium anzutreten. Dort angekommen, wurde Emil mit den andern Verhafteten in einem im Erdgeschoß gelegenen Raum untergebracht, in welchem sich schon vorher eingelieferte Arbeiter befanden. Hier hieß es bei ungenügender Beleuchtung und schlechter Luft warten. Noch verhielt sich Emil ruhig und belauschte die Gespräche der Inhaftierten. Wortfetzen drangen an sein Ohr und nur schlecht konnte er sich ihren Sinn zusammenreimen. Nun, es kümmerte ihn wenig, mit wem er es hier in diesem Raum zu tun hatte. Für ihn stand die Frage so, daß er unschuldig verhaftet war und sich vornahm, sofort nach seiner Freilassung wegen Körperverletzung und Mißhandlung klagbar zu werden. Er ahnte nicht, daß es mit der Freilassung lange Beine hatte.

*

Nach Emil Kleins ungewöhnlich langem Ausbleiben am Abend der Demonstration begab sich seine alte Mutter am folgenden Tage zur Polizei, um Auskunft zu holen über ihren Sohn. Niemand konnte ihr hier sagen, wo sich Emil aufhielt. Endlich am Abend erschien bei der erschreckten Frau ein Trupp Kriminalbeamter, teilte die Verhaftung des Sohnes mit und ging dazu über, in der Wohnung Haussuchung zu halten. Mit einem Revolver, der Emils verstorbenen Vater gehört hatte, entfernten sie sich.

Emils Mutter blieb weiter, des einzigen Ernährers beraubt, in Ungewißheit zurück. Sie, die in der großen grauen Mietskaserne immer zurückgezogen von ihren Mitmenschen gelebt hatte, hatte plötzlich das Bedürfnis, sich den Nachbarn mitzuteilen. Bald war es im ganzen Hause Tagesgespräch, daß Kleins Emil, der ruhige stille Mensch, verhaftet worden sei. So kam die Kunde auch zu Leo Wersch, einen eifrigen Helfer der Opfer der Klassenjustiz.

*

Wiederholt schon hatte Leo Wersch an die Tür der Witwe Klein geklopft und im Namen der überparteilichen Klassensolidarität ein Scherflein erbeten, aber nie konnte er Mutter oder Sohn eine Kleinigkeit abgewinnen. Mit um so größerem Interesse klopfte er heute an die Tür, um der Witwe die Hilfe seiner Organisation anzubieten. Groß war die Freude der alten Frau, die jetzt einsehen mußte, daß hilfreiche Hände am Werke waren, ihr und Emils Los zu erleichtern. Leo versprach ihr, alles in die Wege zu leiten, um sie materiell zu unterstützen und durch Gewährung von Rechtsschutz auch für die Freilassung ihres Sohnes einzutreten. In überschwänglichen Worten wollte sich Frau Klein bei dem Arbeiterfunktionär bedanken, doch der winkte ab und erklärte, daß es seine Pflicht sei und die Pflicht aller Proletarier sein müßte, sich solidarisch zu erklären mit den Opfern der Klassenjustiz und den Kampf zu verstärken gegen weißen und faschistischen Terror.

*

Emil Kleins zuerst bewahrte Ruhe war nach drei Tagen Polizeihaft umgeschlagen in Empörung und Verzweiflung. Da wurde ihm Besuch gemeldet. Enttäuscht über den vor ihm stehenden Mann — er hatte auf den Besuch seiner Mutter gerechnet — blieb er schweigend stehen, und nun war es die Reihe an dem Besucher zu reden. Es war ein bißchen schwierig, Emil in kurzen Worten aufzuzeigen, daß man von befreundeter Seite seine Freilassung erzwingen wolle und seine Mutter von derselben Seite betreut werde, bis er wieder bei ihr sei. Emil traute seinen Ohren nicht. Doch die Folgezeit bewies ihm, daß er nicht getäuscht worden war.

Eines Tages, unerwartet, öffnete sich die Zellentür und neben dem uniformierten Zellenwärter erschienen sein Freund und Verteidiger. Diesmal konnte er mitgehen mit seinem Prozeßvertreter. Er war frei. Frei geworden durch das Solidaritätswerk der „Internationalen Hilfs-Vereinigung".

Seine Illusionen über Gerechtigkeit und Demokratie sind durch den Anschauungsunterricht, den er im Polizeigewahrsam genossen hatte, restlos zerstört, und heute steht er an Leo Werschs Seite, werbend und wirkend für die überparteiliche Klassensolidarität, die ihm „die helfende Hand" geworden war.

Was nützt denn nachher alles Klagen?
Vorher muss man stets sich sagen:
Nimm Frommsche gegen Infektion!

Frauenversammlung. In unserer öffentlichen Frauenversammlung für Einsetzung eines Aktionsausschusses der sozialistischen Parteien wurde einstimmig und ohne Debatte folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung wendet sich mit aller Schärfe gegen den Terror der Nationalsozialisten im Preußenparlament. In jedem Falle eines Angriffes auf Abgeordnete proletarischer Parteien werden wir uns mit ihnen solidarisch erklären. Die Versammlung wertet das Auftreten der NSDAP als eine Kundgebung und als Signal für die Durchführung ihres konterrevolutionären Zieles, nämlich der Unterdrückung aller proletarischen Organisationen und der blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse. Sie fordert die Arbeiterschaft auf, die überparteiliche Einheitsfront herzustellen. Die SAP als Einberuferin der Versammlung wird beauftragt, sich an die SPD, KPD, den ADGB und alle anderen proletarischen Gruppierungen zu wenden zwecks Schaffung eines Aktionsausschusses, um den ersten Schritt zur Einheitsfront zu tun. Nur die Kraft der Klasse reicht aus, den Faschismus zu schlagen, den Angriff des Kapitalismus aufzuhalten und den Sieg der proletarischen Revolution zu sichern."

Kassel

Die Invaliden werden rebellisch. Die Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes hielt eine Versammlung ihrer Invalidenunterstützungsempfänger ab, in denen ihnen durch einen Verbandsangestellten mitgeteilt wurde, daß in Anbetracht der Verbandsnotlage die Unterstützung nicht mehr voll ausgezahlt werden könne und darum um 35 Prozent gekürzt sei. Die erschienenen 70 Invaliden, alte, im Gewerkschaftskampf ergraute Mitglieder hatten Verständnis für die Verbandskasse, als sie aber auf ihre Anfrage, ob die Gehälter der Verbandsangestellten auch um 35 Prozent gekürzt seien, keine Antwort erhielten, machte sich der Zorn der Alten, die nicht nur vom Klassenstaat als unnützer Ballast behandelt werden, sondern jetzt auch noch von ihren eigenen Organisationsvertretern mit zweierlei Maß betreut sehen, gegen diese Ungerechtigkeit Luft.

Blinder Eifer schadet nur! Der Kasseler Metallarbeiterverband mit dem Kollegen Haupt an der Spitze ist dabei, systematisch seine Reihen von revolutionär-verdächtigen Elementen zu säubern. Manches Mitglied war erstaunt, als es von der Verbandsleitung ein Schreiben erhielt, daß es ausgeschlossen sei wegen Zugehörigkeit zur RGO. Beschwerdeschrift nur bis zu einem kurz befristeten Termin. Einige Male mußte sich Haupt entschuldigen, weil auch nicht die Spur eines Beweises für seine Behauptung vorhanden war.

Alsdorf bei Aachen

Proleten dürfen verrecken. Nach den Notverordnungen müssen die Sozialversicherungen „sparen", d. h. gute Medikamente dürfen von den Aerzten nicht mehr verordnet werden, es sei denn, daß sie einen Teil der Kosten selbst tragen. Ein hiesiger Arzt verordnete einem 100prozentigen Kriegsbeschädigten, der im Besitze des Reichsversorgungsscheines ist, eine seiner Krankheit entsprechende Medizin. Nach der Ansicht der Ortskrankenkasse war diese Medizin zu teuer. Das muß nun ausgeglichen werden, denn dem betreffenden Arzt wurden 40 Mark von seinem Gehalt abgezogen, und so hat die Ortskrankenkasse sich schadlos gehalten. Also ein gewissenhafter Arzt darf von seinen medizinischen Kenntnissen Arbeitern gegenüber nicht mehr Gebrauch machen, ohne finanziellen Schaden dadurch zu haben.

Köln

Wenn man im Glashause sitzt . . . Die „Rheinische Zeitung" brachte kürzlich eine Notiz „Gegen ein übles Subjekt", das sich gegen den Genossen Math. Riehl der SAP richtete. Sachlich und ohne mit den gleichen „geistigen" Waffen zu kämpfen, deren die Elite der SPD in Kalk sich bedient, stellen wir dazu folgendes fest: Dohrenbusch, Distriktsleiter der SPD, verbreitet überall die Mär, unser Genosse Riehl habe die Kartothek der SPD abgeschrieben, um Mitglieder für die SAP fangen zu können. Genosse Riehl ist ein alter Funktionär der Arbeiterbewegung, war lange vor Dohrenbuch Distriktsleiter und kennt alle Adressen der SPD aus dem Kopf. Er erklärte Dohrenbuch für das Verbreiten dieser Lüge als ausgemachten Lumpen und ist jederzeit bereit, vor jedem Gericht zur Klärung dieser Angelegenheit seinen Mann zu stehen.

Die KPD „reinigt". Die ehrlichen und besten Funktionäre, die jahrelang ihre Kraft für die Sache hingaben, müssen gehen, weil sie die Unstimmigkeiten des ZK nicht verstehen können. Diese Woche hat man 5 Leute ausgeschlossen.

Polizeispitzel in der KP. Der jahrelang schon in der Jugend und vorher in dem Rotfrontkämpferbund tätige Organisationsleiter hat sich als ganz gemeiner Verräter an den Polenten entlarvt. Er war über alles unterrichtet, und genau so wie er wußte alles die Polizei. Funktionärsitzungen wurden „entdeckt", Arbeiter verraten und verhaftet, und damit verdiente sich der Herr ein schönes Geld. Die KP-Genossen werden dem Herrn hoffentlich auf proletarische Weise ihre Sympathiebezeugungen dartun.

Wirtschaftsfrieden gegen Nazi- und Kapitalsterror. In der Generalversammlung des Gesamtverbandes, Ortsverwaltung Köln, gab der erste Bevollmächtigte Bause (natürlich SPD) den Situationsbericht. Anknüpfend an die letzten Wahlen stellte er fest, daß durch den Wahlausfall alle Sozialisten sehr enttäuscht seien. Zu welchen Resultaten kommt nun dieser unentwegte Vertreter des Wirtschaftsfriedens? Man könne in dieser schlechten Zeit keine Tarifpolitik machen, man müsse versuchen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzudrücken, um durch die restlose Beschäftigung der Erwersblosen die „Vertrauenskrise" zu beseitigen. In der Diskussion traten die Genossen Amann und Michels von der SAP auf das schärfste dem Verbandsangestellten entgegen. Sie verlangten, daß endlich aufgeräumt werde mit der reformistischen Politik. Sie forderten Tuchfühlung mit allen sozialistischen Arbeitern, gleich welcher politischen Richtung, und bewiesen aufs beste, daß nur dieser Ausweg dem Proletariat bleibt. Weiß unterstützte die Ansichten Amanns und Michels und verlangte von den Gewerkschaften Einreihen in die Einheitsfront des Proletariats. Im Schlußwort erklärte Bause nochmals, daß nur der parlamentarische Kampfboden für das Proletariat in Frage käme. Weiter beging er die Gemeinheit, sämtliche Arbeitslosen als Streikbrecher hinzustellen. Kleinbürgerliches Staatsdenken, das sich nach Bedarf unter dem Mantel „marxistischer" Zitate versteckt, herrscht heute bei fast allen Gewerkschaftsführern. Zur Erleichterung ihrer Verdummungspolitik teilen sie die Arbeiter in zwei Lager, Arbeitslose und im Betrieb stehende. Statt das Gemeinsame beider Gruppen der Arbeiterschaft zu betonen, erklären sie die Arbeitslosen zu ausgemachten Feinden der im Betrieb stehenden Arbeiter. Diese Kampfesweise gilt es zu erledigen. Wenn auch die Geschäftsinhaber der reformistischen Organisationen sich noch so sehr sträuben, wir werden nicht aufhören, die gemeinsame Front und den gemeinsamen Kampf zu fordern, überall zu fordern, wo Arbeiter zusammenkommen.

Nach dem Siege

In Anhalt

Von 36 Abgeordneten haben die Nazis in Anhalt zwar nur 15, aber mit der „Nationalen Fraktion" doch die Mehrheit im Landtag. Das dokumentierte sich zunächst einmal in der Eröffnungssitzung durch den Hinauswurf des sozialdemokratischen „Volksblatt" Redakteurs Gerhard Seger. Kaltgestellt sind bereits die Sozialdemokraten Paulick und Günther-Bernburg sowie der anscheinend linksbürgerliche Kreisdirektor Dr. Heinze. Dafür besetzen die Nazis mit Dr. Nikolai das Landtags- und mit Dr. Freyberg das Ministerpräsidium, welch letzteren man sich trotz aller Autarkiepläne und - Wünsche aus dem „feindlichen Ausland" Preußen verschreiben ließ. Daß Dr. Freyberg in seiner Antrittsrede betonte, er sei nur dem „Führer" Adolf Hitler verantwortlich, setzte nur das „Volksblatt" in Erstaunen.

Und draußen im Lande beginnen die Siegesfeiern. Quellendorf wurde planmäßig „kultiviert", in Libbesdorf rächt man sich für eine jahrelang zurückliegende politische Schlägerei durch Terrorisierung der Bevölkerung. In Dessau versucht die angeblich aufgelöste SA am hellen lichten Tage einen Ueberfall auf das „Volksblatt"-Gebäude, nachdem der Landespolizeichef Freyberg wohlweislich zuvor dem Sozialdemokraten Stadtrat Sinsel die Polizeigewalt entzogen hatte.

Anfragen im Landtag beantworten an Stelle der „Regierung" die Naziotenführer Hauptmann Beyer und Feldwebel Hofmann, die aus dem Parlament einen preußischen Kasernenhof gemacht haben.

So reiht sich ein Steinchen ans andere, auf daß das faschistische Mosaik möglichst bald in voller Schönheit und Klarheit erstrahle.

— und in Oldenburg

Hier sieht es genau so aus. Von 46 Mandaten haben die Nazis mit Hilfe besonderer Wahlmathematik allein 24 bekommen. Schon am Sonnabend vor der Wahl glaubte die SA in Oldenburg-Stadt die Polizeigewalt ausüben zu können. Ein „Volksblatt"-Träger wurde seiner Zeitungen beraubt, drei SAP-Genossen pöbelten die im Siegesrausch befindlichen Horden an, um allerdings, trotz der sechsfachen Uebermacht, Prügel zu beziehen. Dann setzte noch ein allerdings vergebliches Kesseltreiben auf unsere Genossen ein, an dem sich die SA auf Rädern und sogar Motorrädern beteiligte.

Organisierter Terror gegen die Arbeiterschaft. Wo aber bleibt die geschlossene Gegenaktion, die allein imstande ist, dem Nazitreiben eine unüberwindliche Barriere entgegenzusetzen?

Groß-Hürth

Die Katholische Aktion greift an! Seit mehr als zwei Jahren hat die Großgemeinde Hürth eine vorbildlich eingerichtete Schwimm- und Badeanstalt. In Hürth können Hallenschwimmfeste abgehalten werden, die in den Nachbarorten und selbst in der nahen Großstadt Köln nicht durchführbar sind, weil Schwimmbecken in den Hürther Ausmaßen nicht vorhanden sind. Auch die Besucherzahl des Bades ist zufriedenstellend, und es herrscht gegenüber anderen Badeanstalten ein reger Schwimmbetrieb. Letzteres ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß man seit Bestehen des Bades an vier Tagen der Woche Familienbad eingerichtet hat. Aus allen Kreisen der Bevölkerung wird der Vorzug des Familienbades hervorgehoben. Familien mit ihren Kindern können gemeinsam baden gehen. Aus Köln, Brühl und Frechen wird gerade aus diesem Grunde das Hürther Bad bevorzugt und eifrig benutzt. Schon seit längerem sind nun Kräfte am Werk, um das Familienbad aufzuheben und getrenntes Baden einzuführen. Irgendwelche stichhaltigen Gründe weiß man natürlich nicht anzugeben. Denn noch nie ist in der Halle etwas vorgekommen, was gegen gemeinsames Baden spricht. Lediglich aus Prinzip ist man gegen die jetzige Einrichtung. Nun steht in der nächsten Gemeinderatssitzung ein Antrag auf Aufhebung des Familienbades auf der Tagesordnung. Die Antragsteller berufen sich darauf, im Besitze von Unterschriften zu sein, welche auf Aufhebung des Familienbades drängen. Man hat in allen möglichen Kreisen, nur nicht bei den Badegästen, Unterschriften gesammelt, meist bei Leuten, die die Badeanstalt nie oder nur sehr selten benutzen. Hätte man in der Badeanstalt eine Liste aufgelegt, das Resultat wäre anders ausgefallen. Wir warnen die Verwaltung der Großgemeinde Hürth, den Antrag zu unterstützen. Bei den heutigen Kräfteverhältnissen im Gemeinderat könnte der Fall eintreten, das der Bürgermeister entscheiden müßte, ob der Antrag angenommen wird oder nicht. Wir wollen hoffen, daß Bürgermeister Disse bei der Abstimmung sich nicht nach den Richtlinien seines Bischofs einstellt, sondern die Belange der Einwohner und Steuerzahler von Groß-Hürth wahrt. Denn jeder, der die Verhältnisse im Bäderwesen kennt, weiß, daß bei Aufhebung des Familienbades die Besucherzahl rapide zurückgeht. Erinnert sei nur an die Strandaffäre in Beuel bei Bonn. Wir befürchten, daß es Hürth ebenso gehen könnte und die Badeanstalt letzten Endes, zum Schaden der Gemeindekasse, höhere Zuschüsse verlangen oder ihre Pforten schließen müßte.

Die Freie Wassersportvereinigung Groß-Hürth sieht sehr darauf, daß ihre Schwimmer im Laufe der Zeit zu Rettungsschwimmern ausgebildet werden. In jedem Jahr werden eine Anzahl Genossinnen und Genossen herausgezogen und im Rettungswesen unterrichtet. Im Vorjahr wurden die ersten Schwimmer geprüft, und sie haben schon oft zeigen können, wie wertvoll es ist, im Rettungswesen bewandert zu sein. Auch im verflossenen Winterhalbjahr wurden eine Anzahl Genossinnen und Genossen ausgebildet. Am letzten Sonntag fand in der Hürther Schwimmhalle die praktische und mündliche Prüfung statt. Mit Ausnahme zweier Teilnehmer bestanden alle Prüflinge mit dem Prädikat gut.

Dortmund-Marten

Die Wohlfahrtserwerbslosen fordern menschenwürdige, anständige Behandlung von seiten der Wohlfahrtsbehörde. Ist es schon schlimm genug, daß die Erwerbslosen am Freitag jeder Woche stundenlang anstehen müssen, um ihre Hungerpfennige in Empfang zu nehmen, so ist es geradezu verwerflich, wenn sie obendrein noch grob behandelt werden. So ist es bei der letzten Zahlung wiederholt vorgekommen, daß Zahlkarten nicht da waren. Ein Familienvater, dessen Karte auch diesmal fehlte, erlaubte sich die bescheidene und begründete Anfrage an den diensttuenden Wohlfahrtsbeamten Lohrengel (SPD- und Reichsbanner-Mann): „Wie kommt es eigentlich, daß meine Zahlkarte des öfteren fehlt?" Er erhielt von dem Beamten die Antwort: „Ja, wie kommt Kuhscheiße aufs Dach! Sehen Sie auf Zimmer 2 nach, ich kann sie nicht herhexen!" Man stelle sich vor, daß ein Erwerbsloser, dessen Zahlkarte nicht da ist, meistens erst am Sonnabend sein Geld erhält, obwohl er am Freitag morgen seine Kinder schon ohne Kaffe und Brot zur Schule schicken mußte. Wir möchten dem Leiter des Martener Wohlfahrtsamts, Stadtobersekretär Horstmann, nur raten, Beamte, welche anscheinend von der bitteren Not der Stempelbrüder noch nichts wissen, einmal in eine gute Lehre zu nehmen.

Stadttheater Dortmund spielt für die Martener Erwerbslosen. Auf Anregung der Mitglieder des Erwerbslosenausschusses Marten haben sich die Künstler des Dortmunder Stadttheaters bereit erklärt, für die Erwerbslosen von Marten und Umgegend einen Bunten Abend zu veranstalten. Für einen Unkostenbeitrag von 10 Pf. wurde jedem Erwerbslosen die Gelegenheit geboten, einmal die Kräfte des Stadttheaters zu hören und zu sehen. Aber wir haben in Marten leider noch eine SPD-Filiale, deren „Größen" die Borniertheit aus dem Halskragen guckt. Man hatte von der Abhaltung dieses „Bunten Abends" die SPD und den Bergarbeiterverband nicht erst in Kenntnis gesetzt und mußte nun erfahren, daß sie daraufhin versuchten, ihre Mitglieder von der Veranstaltung fernzuhalten. Mit diesem Versuch hatte man aber das Gegenteil erreicht: die Veranstaltung war von über 1000 Erwerbslosen besucht, und die Bonzen standen allein auf der Straße, ohne ihre sonst so geduldigen Lämmer. Der Ueberschuß der Veranstaltung floß der Roten Hilfe zu. Für die nächste Zeit ist eine gleiche Veranstaltung geplant, mit der Aufführung „Die Matrosen von Cattaro".

Pforzheim

Die Notlage der Metallarbeiter, die meistens in der Schmuckwarenindustrie beschäftigt sind, ist ungeheuer groß. Die Industrie stirbt. Es ist bei uns kein Betrieb bekannt, der voll arbeitet. Wenn überhaupt gearbeitet wird, so zwei bis drei Tage höchstens. Heute bringt der Goldschmied durchschnittlich acht bis zehn Mark pro Woche heim, davon muß er alles für sich und seine Familie bestreiten. Eine SJV-Genossin, die sich in der Fabrik den Finger verletzt hatte, mußte nach Abzug von Krankenschein, Steuern usw. noch Geld hinzuzahlen. Weil aber so wenig zu arbeiten da ist, haben die Herren Arbeitgeber auch die Ferien gekürzt. Die Arbeitgeber kündigten gleichzeitig das Lohnabkommen, um, wenn das Ferienabkommen nicht zu ihrer Zufriedenheit gelöst würde, sich am Lohntarif schadlos halten zu können. Die Gewerkschaft, die mit großen Tönen in der DHV-Versammlung verkündet hatte: „Keinen Schritt weiter zurück, wir brauchen Lohnerhöhung!", wurde angesichts der Entschlossenheit der Arbeitgeber still und gab klein bei. Dabei bleibt die Kündigung des Manteltarifs bestehen!! Man „ordnet" jetzt die einzelnen Tarife, um nachher, wie von seiten des Arbeitgeberverbandes betont wird, „lediglich unwesentliche (!!) Veränderungen innerhalb des Manteltarifvertrages vornehmen zu müssen". Wegen „unwesentlicher" Aenderungen hatte man den Tarifvertrag bestehen lassen, aber was für die Herren „unwesentlich" ist, bedeutet für uns: Hungerriemen enger. Die Gewerkschaftsführung freut sich ob ihren „Sieg", denn „durch Druck von den Gewerkschaften mußten die Arbeitgeber die Kündigung des Lohntarifs zurücknehmen". Das ist nicht wahr! Und wenn gesagt wird, daß es noch schlimmer hatte kommen können, daß der Lohntarif und die Ferien ja noch bestünden — ein Tag mehr oder weniger mache nicht die Welt aus —, so sagen wir der Arbeiterschaft: es ist nicht das Wesentliche, daß wir einen Tag weniger Ferien haben, wesentlich ist, daß Tausenden von Kollegen der Mut genommen ist durch solche Schwachen und ein kampfloses Zurückweichen der Gewerkschaften.

Ulm

Gegen den Kulturfaschismus. Die Ortsgruppe Ulm des DFV. schickt uns folgende Entschließung: „Der DFV., Ortsgruppe Ulm a. D., protestierte in einer Mitgliederversammlung am 28. Mai auf das schärfste gegen das Verbot der kommunistischen Freidenkerverbände. Die offiziellen Proteste des Zentralvorstandes genügen nicht, weil sie die Gefahr in sich bergen, daß der DFV. aus Angst vor einem eigenen Verbot zu Kreuz kriecht. Im Kampfe gegen Kirche und Reaktion dürfen wir nicht schweigen, sondern müssen kämpfen gegen Reaktion und Notverordnungen einer halbfaschistischen Diktaturregierung. Die Bevormundung des Zentralvorstandes in seiner Stellungnahme ohne Befragen der Mitglieder kann und darf nicht geduldet werden. Auch protestiert sie gegen die Anweisungen des Bezirksvorstandes über das Verhalten der Ortsgruppen zu diesem reaktionären Verbot." Diese Entschließung wurde einstimmig nach einer regen und einmütigen Debatte gefaßt. Es wurde allgemein als Kapitulation vor der organisierten Reaktion bezeichnet, wenn der DFV. dazu übergeht, den Kampfboden, selbst gegen eine noch nicht faschistische Regierung, aufzugeben und nur als Sterbekasse weiter zu existieren. Genossen, unterstützt diesen Angriff gegen die Bürokratie und faßt überall Entschließungen!

Elmshorn

Buchdrucker gegen den neuen Manteltarif. Im Zeichen des Kampfes gegen den schändlichen Lohnraub und gegen die sozialen Verschlechterungen auf allen Gebieten stand die im Elmshorner Gewerkschaftshaus abgehaltene Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Vertreten waren Uetersen, Glückstadt und Pinneberg. In einem Referat des Gauleiters aus Kiel über die Tarifverhandlungen veranschaulichte — anscheinend ganz unbewußt — der Referent den Kuhhandel, der bei den Verhandlungen getrieben wurde, und das Vertrauen auf die eigene Kraft bei den „Führern" kam sehr treffend zum Ausdruck. Wenn sich die Herrschaften vom grünen Tisch aber gedacht hatten, die Kampfesunlust hätte auch bei den Mitgliedern Raum gegriffen, so zeugte doch die Diskussion von einem anderen Geist; sie wurde besonders von einigen SAP-Genossen bestritten.

Einmütig und groß war die Entrüstung der Mitglieder über das, was hier der Mitgliedschaft geboten wurde. Als besonders empörend wurde das Verhalten des Verbandsvorstandes empfunden, der nach dem Schiedsspruch sich vor Entrüstung beinahe überschlug und nicht genug scharfe Worte zu seiner Verurteilung finden konnte und jetzt denselben Schiedsspruch mit kleinen Abänderungen in freier Vereinbarung ohne Urabstimmung der Mitgliedschaft akzeptiert. Sehr klar wurde noch in der Aussprache von SPD-Mitgliedern zum Ausdruck gebracht, daß sie von der sogenannten „Eisernen Front" etwas anderes erwartet hätten. Alle Ausführungen der Diskussionsredner wurden mit dem stärksten Beifall aufgenommen. — Die Buchdrucker müssen erkennen, daß sie sich alle politisch von der Sozialdemokratie, die auf Tod und Verderben mit dem Kapitalismus verbunden ist, lösen müssen, soweit sie dort noch Mitglieder sein sollten. Stärkung des revolutionären Flügels in den Gewerkschaften und Organisierung in der Sozialistischen Arbeiterpartei ist Gebot der Stunde. Wendet Euch sofort an die Bezirksleitung der SAP, W. Elsner, Hamburg 33, Lienhardtstr. 11.

Stettin

Oeffentliche Protestkundgebung gegen das Verbot der Gottlosenbewegung, gegen Krieg, Notverordnungen und Faschismus Montag, 6. Juni, 19.30 Uhr, im Lokal Groß-Stettin. Es sprechen: Genosse August Siemsen MdR (SAP), Genosse Rudolf Oesterreich (Föd. d. Anarchisten), Genosse Heinrich Brandler (KPO). Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Veranstalter: Kartell gegen Faschismus und Kulturreaktion.

Organisationsnachrichten

SAP Zeitz: Mitgliederversammlung Montag, 6. Juni, 20 Uhr, in Rosners Restaurant. Gen. Portune spricht über „Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen im politischen Tageskampf". Außerdem Bericht vom Bezirksparteitag und kommunale Fragen. Gäste können eingeführt werden. — 18.30 Uhr Aussprache der Funktionäre in der Gewerkschafts- und Sportbewegung.

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Düsseldorf: Sonntag, 5. Juni, 14.30 Uhr, Familienausflug nach der Freiheit. Treffpunkt: Gertrudisplatz Eller, gemeinsamer Abmarsch.

SPD- und KPD-Genossen kommen zur SAP

In Bremerhaven traten die beiden Pol- und Org-Leiter des KJV zur SAP über.

Der Vorsitzende der SPD-Ortsgruppe Eppertshausen, Kreis Dieburg, sowie der weitaus größte Teil der Mitglieder sind zur SAP übergetreten. Darunter befinden sich mehrere Gemeinderäte.

In Hamborn übergab Gen. Senft, bisher Mitglied der KPD, in unserer Versammlung dem Vorsitzenden sein Mitgliedsbuch und trat in die SAP ein.

Auch aus verschiedenen anderen Orten werden Uebertritte und Neuaufnahmen gemeldet.

In Karlsruhe (Baden) sind der frühere Antifa-Leiter, der aus der KPD ausgeschlossen wurde, Fritz Preuß, sowie die kommunistische Stadtverordnete Preuß zur SAP übergetreten. Mit ihnen ist eine weitere Anzahl kommunistischer Arbeiter zur SAP gekommen.

Kein schlechter Anfang!

Einige Zahlen zur Beurteilung des Wahlkampfes

Von Karl Zöllig (Düsseldorf)

Die nachstehenden Betrachtungen sind uns schon vor einiger Zeit zugegangen, sind darum aber keineswegs überholt, sondern erhalten durch den Wahlausgang in Oldenburg eine aktuelle Bedeutung. (Die Red.)

SPD und KPD haben nach den Wahlen triumphierend den baldigen Tod der SAP besungen. Währenddessen erhielten wir von fast allen Ortsgruppen Zuschriften, aus denen der ungebrochene Kampfwille unserer Mitgliedschaft hervorging und aus einer ganzen Reihe von Orten, wo wir bisher noch keinen Fuß gefaßt hatten, die Aufforderung beim Aufbau von Ortsgruppen behilflich zu sein. Wir haben deswegen den Leuten sehr gern die Freude an ihren Totengesängen gelassen, zumal wir ihre Motive kennen.

Sie hatten Ursache mit allen Mitteln ihre Gefolgschaft von der furchtbaren Tatsache abzulenken, daß dank ihrer Politik zum ersten Male der Faschismus in die marxistische Front in so starkem Maße eingebrochen war.

Trotz des gewaltigen Ansturms des Faschismus bei den Wahlen im September 1930 konnten SPD und KPD zusammen bei dieser Wahl noch ihre absolute Stimmenzahl gegenüber den unter sehr günstigen Bedingungen stattgefundenen Reichstagswahlen von 1920/21 um 12 Prozent steigern. Und mit Recht konnte man damals sagen: Der Faschismus prallt an der marxistischen Front ab. Zwar hatte die SPD 1930 dank ihrer Täuschungs- und Tolerierungspolitik gewaltig Haare lassen müssen. Aber die KPD hatte die Verluste mehr als voll aufgefangen. Wenn 1932 bei den Preußenwahlen dazu die KPD nicht mehr imstande war, wenn sie darüber hinaus noch in so erheblichem Maße von ihrem Bestand abgab, so dank ihrer genialen Taktik, sich ihr Rekrutierungsfeld abzusperren, so, weil sich nach den Wahlen von 1930 ihre nationalbolschewistische Propaganda (Nationales Befreiungsprogramm) auswirkte, durch die die Hirne der Arbeiter reif gemacht wurden für die faschistische Saat. Die SPD hatte schon seit 1914 und seit der Wahl von 1930 in verstärktem Maße die Arbeiter mit „Nationalbewußtsein" erfüllt. Jetzt, nachdem sich bei den Preußenwahlen diese verhängnisvolle Politik und Taktik auswirkte und die Gefahr besteht, daß sich die Arbeiter der SAP, die in den wenigen Monaten ihres Bestehens auf diese Entwicklung immer wieder hingewiesen hatte, zuwandten, mußten SPD und KPD, um die furchtbare Tatsache zu verschleiern und um ihre Anhänger bei der Stange zu halten, das Ergebnis der Wahl für die SAP herabwürdigen.

Die Mitgliedschaft der SAP hatte sich über Erfolgsmöglichkeiten bei der Wahl wenig Illusionen gemacht. Und darum war in ihren Reihen nach der Wahl, abgesehen von Einzelfällen, nirgends etwas von Enttäuschung zu merken. Im Gegenteil!

Erstziffern aus früheren Kandidaturen

Aber war das Wahlergebnis für die SAP wirklich so, daß es zu Totengesängen Veranlassung geben konnte? Wenn man das Ergebnis der Wahl für die SPD vergleicht mit anderen Parteien, die sich erstmalig an der Wahl beteiligten, wenn man die realen Kampfmöglichkeiten berücksichtigt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die SAP sich sehr gut geschlagen hat. Man kann hier nicht das Gesamtergebnis in Preußen zum Vergleich heranziehen, weil es in Preußen große Gebiete gibt, wo die Arbeiterschaft dank der Jugend und Armut der SAP (sie ist in des Wortes wahrster Bedeutung eine proletarische Partei) noch nichts von der SAP wußte. Um Vergleiche zu ziehen, muß man solche Wahlkreise heranziehen, wo unsere Partei schon einigermaßen Fuß gefaßt hat. Als solche sind u. a. anzusehen die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West.

Die USP beteiligte sich bekanntlich 1919 zum ersten Mal an der Wahl (Nationalversammlung). Sie bestand seit 1917 und war infolge ihres mutigen Kampfes gegen den Krieg und die Verderber der Revolution sehr populär. Im Wahlkreis Düsseldorf-West zählte sie damals etwa 25 bis 28 gut fundierte Ortsgruppen. Ihre Presse hatte in außerordentlich starkem Maße Eingang bis ins letzte Dörfchen gefunden. Von der Bezirksleitung wurden allein während des Wahlganges 5 Flugblätter in riesigen Massenauflagen bis ins letzte Dorf von Haus zu Haus verbreitet. Darüber hinaus haben aber auch die Unterbezirke noch Pro-

Kein schlechter Anfang 2

paganda-Material in großem Ausmaße herausgebracht. Was war das Ergebnis?

Die USP erhielt in diesem Wahlkreis rund 5700 Stimmen.

Die SAP hatte in diesem Gebiet vor den Preußenwahlen an 8 Orten Anfänge von Ortsvereinen, vielfach nur Einzelmitgliedschaften. Von einer SAP-Presse in diesem Gebiet war vor der Wahl kaum zu sprechen. Sie hat ein einziges Flugblatt in einer Auflage von 160 000 Exemplaren heraus-gebracht. Ganze große Gebiete erhielten überhaupt kein Flugblatt. Die Wähler erfuhren höchstens durch den Stimmzettel, daß es eine SAP gab, die sich an der Wahl beteiligte. Was war das Ergebnis der Wahl?

Die SAP erhielt rund 3700 Stimmen.

Die KPD beteiligte sich erstmalig an der Wahl 1921/22. Im Wahlkreis Düsseldorf-Ost hatte sie damals eine seit Jahren fest fundierte Organisation. Fast an allen in Frage kommenden Orten eine weitverbreitete, gut ausgebaute Presse. Mit einer Flut von Flugblättern konnte sie das Gebiet überschwemmen. Was war das Ergebnis?

Die KPD erhielt rund 12 200 Stimmen.

Die organisatorische Grundlage der SAP vor den Preußenwahlen stand in diesem Gebiet erst im Stadium des Aufbaus. Von einer Presse, die den Wahlkampf beeinflußte, konnte auch hier kaum gesprochen werden. Es wurde ein einziges Flugblatt in einer Auflage von rund 150 000 Exemplaren verteilt. Was war das Ergebnis?

Die SAP erhielt rund 4500 Stimmen.

Die Nazis beteiligten sich 1924, also gleich nach dem Ruhrkampf, der die Bevölkerung in einen nationalistischen Taumel versetzt hatte, zum ersten Male an der Reichstagswahl. Ihr Anteil an den abgegebenen Stimmen war in Düsseldorf-West 0,9, in Dusseldorf-Ost 1,6 Proz.

Aehnliche Beispiele anderer Parteien, auch aus anderen Vergleichsgebieten des Reiches, ließen sich eine ganze Reihe anführen.

Berücksichtigt man nun noch, daß die anderen proletarischen Parteien je mindestens so viel Millionen wie die SAP 1000 Mark für die Wahlpropaganda verausgabte, dann kann man sogar sagen, die SAP hat sich sehr gut geschlagen.

Im Bezirk Niederrhein wurden seitens der SPD bei den Wahlen 1930 über 6 000 000 Flugblätter, Broschüren, Plakate usw., herausgebracht. Bei den Preußenwahlen vom 24. April dürfte kaum weniger Propagandamaterial herausgegeben worden sein. Man vergleiche damit das Propagandamaterial, das seitens der SAP im Wahlkampf herausgegeben wurde.

Es ist klar, daß die SPD derartige Ausgaben nicht allein aus den Mitgliedsbeiträgen bestreiten kann. Ebensowenig kann das die KPD. Wo die Gelder herkommen, darüber ist oft genug gesprochen und geschrieben worden. Auch die SAP hätte Gelder für den Wahlkampf bekommen können. Sie hat abgelehnt, weil an die Hergabe solcher Gelder naturgemäß politische Bindungen geknüpft sind. Das Eingehen der proletarischen Parteien auf derartige Bindungen hat nicht zuletzt die Atmosphäre geschaffen, in der dem Faschismus der Einbruch in die marxistische Front möglich wurde.

Die Gründung der SAP wäre überflüssig gewesen, wenn sie ihrerseits auch ein solches Gift genommen hätte. Sie hätte dann zwar auch eine großzügige Wahlpropaganda entfalten können, hätte dadurch sicher auch mehr Stimmen auf sich vereinigt und einen „parlamentarischen Erfolg" gebucht, wäre aber an Mark und Glied gebrochen. Die SAP hätte die Mission, die zu erfüllen sie sich gestellt, nicht erfüllen können. Es hätte sich nicht gelohnt, sie zu gründen und für sie zu kämpfen. Die Partei, die das deutsche Proletariat braucht, muß eine Partei sein, die getragen wird von dem Massenwillen der Arbeiterklasse, nicht von der Finanzkraft Außenstehender.

Die SAP will das sein und wird das bleiben, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß nur eine solche Partei die Aufgaben, vor die das Proletariat gestellt ist, erfüllen kann.

Die Tatsache, daß Politik und Taktik der beiden großen proletarischen Parteien SPD und KPD den Einbruch des Faschismus in die Klassenfront der Arbeiter nicht verhindern konnte, beweist, daß, wenn die SAP nicht bestände, sie heute gegründet werden müßte.

Alles im Namen der Kirche

Landgemeinde um 60 000 Mark geprellt

Berlin, 2. Juni 1932

B.S. Im Devaheim-Prozeß wurde heute Vormittag die Beweisaufnahme fortgesetzt, und zwar wurden die Zeugen zu einem neuen Komplex der Anklage vernommen, bei dem es sich darum handelt, daß dritte Personen alte Spar- und Entschuldungsverträge übernahmen, und zwar erfolgte die Uebernahme der Verträge nach der Anklage zu einem Zeitpunkt, als der Devaheim-Konzern nicht mehr zahlungsfähig war und die versprochenen Zuteilungen nicht mehr erfüllen konnte. Dies war in dem Fall der Landgemeinde Salzbrunn der Tatbestand. Der Gemeindevorsteher Matzel dieser Landgemeinde berichtete, daß die Gemeinde in einen alten Entschuldungsvertrag, den ein Mecklenburgischer Lehngutsbesitzer mit der Deuzag in Höhe von 400 000 Mark abgeschlossen hatte, eingetreten war, um die Mittel für die Rückzahlung eines Kommunaldarlehens von 180 000 Mark zu erhalten. **Der Angeklagte Generaldirektor Jeppel habe wiederholt zugesichert, daß am 31. März 1931, zu welchem Zeitpunkt die Gemeinde ihren Darlehensverpflichtungen gegenüber der Kommunalbank nachkommen mußte, die Zuteilung aus dem Entschuldungsvertrag erfolgen sollte. Obwohl die Gemeinde 60 000 Mark als Rate auf den Entschuldungsvertrag einzahlte, also nach den Zuteilungsbedingungen das Geld erhalten sollte, sei sie immer wieder vertröstet worden und habe schließlich nicht das Geld bekommen.**

Der frühere Vorstand der Deuzag, Direktor Voth bestätigte diese Vorgänge und wies darauf hin, daß die geschädigte Gemeinde sofort bei Zahlung der ersten Rate zuteilungsberechtigt gewesen sei, und nicht, wie die Sparer auf Grund neuer Verträge, erst eine Wartezeit von sechs Monaten hätte absolvieren müssen. Nach Ansicht von Direktor Voth war die Deuzag bei Abschluß des Vertrages schon **nicht mehr solvent, um die versprochene Summe auszahlen zu können.** Der Angeklagte Generaldirektor Jeppel verteidigte sich damit, daß er damals noch an die Zahlungsfähigkeit der Deuzag geglaubt habe, und seine Verteidigung wies darauf hin, daß der Prokurist Ernemann von der Deuzag noch zu einem viel späteren Zeitpunkt, nämlich im Mai 1931, Entschuldungsverträge in einer Höhe bis zu einer Million Mark abgeschlossen habe.

Parlamentseröffnung unter Polizeischutz

Tokio, 2. Juni 1932.

Unter der Bewachung von 300 bewaffneten Polizisten wurde am Mittwoch die Sondersitzung des japanischen Parlaments durch den Kaiser eröffnet. Infolge der neuerlichen Anschläge sind die größten Vorsichtsmaßregeln für die Sicherheit der Regierungsmitglieder getroffen worden. Ministerpräsident Saito wurde auf dem Weg zum Parlament von bewaffneten Motorradfahrern begleitet. Die Parlamentssitzung wird etwa drei Wochen dauern und sich in der Hauptsache mit Finanzfragen befassen. U. a. werden Gesetzentwürfe über die Erhöhung der ungedeckten Notenausgabe und über die Einführung einer Devisenkontrolle zur Verhandlung kommen. Für Freitag wird mit der Abgabe der Regierungserklärung des neuen Kabinetts gerechnet.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdruckes, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

23. Fortsetzung

Aber dieses Wunder kam natürlich nicht. Zurück zur Scheune? Hier konnten sie ja schließlich nicht bleiben.

Dann versuchte Hans wieder einmal einen Kilometerstein nach dem anderen zu erreichen, und jedesmal, wenn es geschafft war, hatte Orje ein gutes Wort für ihn. „Immer näher ran an Berlin . . . siehste, wieder eine Meile. Und dann nochmals so'n Sprüngchen. Hoppla, da liegt ein Stein, da is'n Loch." Hin und wieder flitzte ein Auto vorbei. Orje hatte keine Lust mehr, sie anzurufen. Privatkutschen war schon ganz zwecklos und mit den Lastautos war es nicht anders. Da mußte man schon mit einer Schachtel Zigaretten von weitem winken können. Aber es kam auch kein Lastauto vorbei heute.

*

Am Nachmittag humpelten sie in die Stadt ein. Sie suchten ohne Aufenthalt die Herberge auf. Mein Gott, war die voll . . . Orje nahm sich dann sofort des Fußes an, wusch und knetete ihn und erreichte beim Hausvater, daß sich Hans außer der Zeit zu Bett legen konnte. Orje fummelte noch eine Weile um ihn herum, hatte manches zu fragen und verschwand dann. Abends saß er im Gastraum mit zwanzig Wanderburschen aller Grade zusammen.

Da waren wie immer die Vogtländer Zimmerleute, die sich wieder mal mit der Hamburger Zunft herumstritten. Da saß ein Melker mit dem Ring im Ohr und mußte Witze über sich ergehen lassen, die er gutmütig und eitel für Schmeicheleien nahm. Und da waren Tippelbrüder ohne Ziel, ohne Wünsche. Alle warteten auf die Abendsuppe. Alle hatten Zeit. Einer krakeelte mal eine Weile, bis der Vogtländer um den Tisch herumkam und ihn mit einem harten Griff am Arm packte. „Du hältst jetzt gleich dein Maul, du, sonst liegst du draußen."

Manche nickten zustimmend. Einer rief: „Recht haste, jib ihm Saures . . ."

Hans lang inzwischen im Bett.

Im Bett, zum erstenmal seit zwei Monaten. Erst gegen Abend schlief er ein und dann schlief er so fest, daß er auch nichts mehr von dem Gepolter hörte, als die andern ihre Quartiere aufsuchten. Orje guckte nur mal so herüber und haute sich hin. Morgens scharwenzelte er dann eine Weile um den Hausvater herum und erreichte natürlich bald, was er wollte: er durfte draußen Holz hauen und noch eine Nacht, meinetwegen auch noch eine, bleiben und Hans durfte liegen bleiben, bis der Fuß in Ordnung war. Wie Orje das alles so schaffte? Am Donnerstag war der Fuß gut. Hans konnte wieder laufen. Am Freitag früh waren sie wieder auf dem Marsch.

Tapp und tapp. Da hinten liegt die Stadt, aber da vorn ist die Landstraße. Schnurgerade läuft sie bis in den Himmel hinein. Aber da vorn machte sie einen Bogen. Da rechts herum geht es nach Berlin. Nach Berlin. Nach Hause . . . Manchmal sieht sich Hans um. Orje ist weg. Orje wollte noch was besorgen: „Ich komme nach. Ich bring' dir wat mit." — Er hatte so entschlossen ausgesehen, als er das sagte.

Aber es kam niemand.

Da hinten, ganz da hinten, fährt ein Radfahrer. Jetzt kommt der Radfahrer näher. Das ist Orje. Kommt angesaust wie die wilde Jagd. „Los, Hanne, damit kommste hin. Det jeht 'ne Weile schneller."

Herunter vom Rad. Hanne überlegt nicht, zögert nicht. Nur noch einen Händedruck: Berlin . . . Los . . .

Hans sieht sich nicht mehr um. Er tritt und tritt das Rad. Das Rad saust. Aber jetzt saust es zu einem besseren Werke.

Orje steht noch eine Weile auf der Straße. Sieht dem Freunde, dem Rade nach. Dann geht es mit großen Sprüngen über ein Feld, in ein Gehölz, wieder über ein Feld, durch einen Bach und da ist der Wald.

So, Hanne, Adjüs Hanne . . .

Der verschwindet schon da hinten, wo die Straße den Bogen macht . . .

Das Rad ist treu. Er saust und saust und keine Reparatur ist nötig. Nur einmal muß es Luft holen, und Hans läßt sich von einem vorüberfahrenden Arbeiter die Pumpe geben. Hans: ein gestohlenes Rad . . . Aber daran denkt Hans ganz gewiß nicht. Nur daran, daß er morgen in Berlin sein kann; vielleicht sein wird. Er ahnt, daß ihn etwas am Einzug in Berlin hindern wird, und in harter Verzweiflung tritt er das Rad. Abends versteckt er es im Walde, läuft eine Stunde weit, holt sich Brot, nur trockenes Brot, zusammen, kaut und schluckt und schläft dann im Dickicht.

Potsdam ist eine Haupt- und Residenzstadt. Wenn man Zeit hat und wenn einem nicht die Polizei auf den Fersen ist, muß man sich den schönen Park und das Schloß des Königs ansehen. Vielleicht hört man sich dann auch das Glockenspiel an: „Ueb immer Treu und Redlichkeit, bis an dein kühles Grab . . ." Ping . . . pang . . . ping . . .

Aber wenn man keine Zeit hat und auf einem gestohlenen Rad sitzt und eine Unterschlagung begangen hat, und wenn man weiß, daß die Fürsorge irgendwo lauert, bereit, zuzuklappen, dann soll man sich in Potsdam nicht aufhalten. Auch wenn man jetzt Papiere hat auf den Namen Hennig. Die Polizei ist hier scharf. Man soll weiterfahren. Auch das Glockenspiel braucht man sich nicht anzuhören.

Bald ist man ja in Berlin. Berlin ist groß, da kann man untertauchen. Da gibt es auch Glocken und da gibt es auch Spiele.

*

Nichts hat Hans gehindert, nach Berlin zu kommen. Abends gegen 8 Uhr fährt er klingelnd über den Potsdamer Platz.

Links ist der Verkehrsturm. Sein rotes Auge stoppt den Verkehr. Menschen fluten über den Damm. Riesengroße Lichtreklame klettert drüben an der Wand hinauf und herunter. Grün . . . kling . . . kling . . . kling . . .

Eine halbe Stunde später ist er in der Münzstraße. Und nach weiteren fünf Minuten ist das Rad fort und er hat drei Mark in der Tasche, und dann stöhnt er einmal ganz tief, daß die Leute sich umsehen: Berlin . . .

Blind ist er durch die Straßen gefahren. Erst jetzt in der Münzstraße ist er in Berlin. Jetzt sieht er die vielen Menschen. Jetzt spürt er seine Knochen. Er kann nicht sitzen und nicht stehen. Da ist er in einem Lokal. Das ist ein Qualm und ein Lärm. Hier ist Musik und Juchhei. Ein Nuttchen kommt an ihn heran. Ach nee, hier is nichts zu erben. Das ist ein Häufchen Unglück. Hans sitzt krumm vor Hunger und Ermattung. Menschen gehen um ihn her, stehen vor ihm, hinter ihm. Die Arme tun ihm so weh. Der Kopf kann den Lärm noch nicht wieder vertragen. Das geht alles noch durcheinander. Ein Bursche gröhlt einen Schlager, den Hans noch nicht kennt. Wie lange warst du fort, Hans? Warum warst du fort? Was war, was wird sein? Ach, ich bin ja so kaputt. Ich kann ja nicht mehr . . .

Aber er schleppt sich doch zum Büfett. Ein Bier und einmal Bockwurst. Und es geht schon besser. Keinen Menschen kennt er hier. Niemand kennt ihn. Musik dröhnt und lärmt. Da spektakelt ein Betrunkener. Ein Mädchen hebt die Röcke hoch. Verdammt, sie trägt nichts darunter . . .

Bauarbeiter-Lohnraub perfekt

TU. Berlin, 1. Juni 1932.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Baugewerbe ist die tarifvertragliche Neuregelung der Löhne durchgeführt. Von den für 33 Vertragsgebiete gefällten einzelnen Schiedssprüchen sind 27 von den Tarifparteien angenommen und sechs durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Die letzteren betreffen die Bezirke Westdeutschland-, Westfalen-Ost und Lippe, Braunschweig, Rheinland, Siegerland und Görlitz.

So kurz die obige Meldung ist, so inhaltsschwer ist sie. Sie besagt, daß der Lohnabbau von 25 bis 35 Prozent für viele Hunderttausende von Bauarbeitern nunmehr endgültig durchgeführt ist. Das ist nicht nur eine ungeheuerliche Einkommensverminderung für die Bauarbeiter, sondern ein in seiner Bedeutung kaum zu überschätzender Schlag für die gesamte Arbeiterschaft. Dieser Lohnraub an den Bauarbeitern als einer relativ gut organisierten und kampferprobten Gruppe wird sich auf alle übrigen Arbeiterschichten auswirken.

Die amtliche Meldung verrät aber auch die fast unglaubliche Tatsache, daß die Bauarbeitergewerkschaften nicht nur diese Lohnrauberei kampflos und passiv hingenommen, sondern in 27 von 33 Bezirken den skandalösen Schiedssprüchen zugestimmt haben, so daß das Reichsarbeitsministerium nur noch in sechs Bezirken nötig hatte, eine Verbindlichkeitserklärung auszusprechen. Nicht minder skandalös ist die jetzt erst bekanntwerdende Tatsache, daß die Verbindlichkeitserklärung bzw. die freiwillige Zustimmung zum Schiedsspruch für Berlin schon am 26. Mai erfolgte, aber von den Gewerkschaftsführern bisher verschwiegen wurde.

Die Bauarbeiter müssen dafür ihre Verbandsführer zur Rechenschaft ziehen und unerbittlich die notwendigen Konsequenzen ziehen. Gerade der Verlauf dieser Tarifbewegung hat gezeigt, daß unter Mithilfe aller, besonders auch der sozialdemokratischen Kollegen, eine **radikale Aenderung in der Gewerkschaftsführung** erzwungen werden muß. Darüber hinaus gilt es, alle, gerade im Baugewerbe immer wieder bestehenden Kampfmöglichkeiten auf den einzelnen Baustellen für Abwehr von Verschlechterungen und Durchsetzung von Verbesserungen auszunützen.

Arbeitsdienst-Schipperkolonne

Unter diesem Titel veröffentlicht der linksbürgerliche „Montag-Morgen" vom 30. Mai einen Artikel, in dem er nach einer gründlichen Widerlegung der Argumente der Befürworter des Arbeitsdienstes zu der Feststellung kommt, daß es sich hier um eine planmäßig durchgeführte Militarisierung der Jugend handelt. Der Verfasser des Artikels kommt zu der Feststellung, daß der ganze Dienst der Arbeitsdienstkolonnen völlig dem Dienst der Arbeiterbataillone, der Schipperkolonnen der Kriegszeit entspricht. Er stellt weiter fest,

„daß die Durchführung und Organisation dieses ganzen freiwilligen Arbeitsdienstes heute in den Händen derjenigen Leute liegt, die einst bei der schwarzen Reichswehr, bei den Freikorps im Baltikum und in Oberschlesien, ja bei der Organisation der SA eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben." Namen wie der des Herrn Stennes und des Kapitäns Ehrhardt sollten eigentlich genügen, um alle, die sich über die Tendenzen des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht im klaren sind, über seine wahren Ziele aufzuklären."

Diese Feststellungen eines bürgerlichen Blattes sind die schärfste Verurteilung der **Haltung der SPD-, SA- und Reichsbannerführer**, die nicht nur unter dem Vorwand, daß man der Reaktion den Arbeitsdienst nicht überlassen dürfe, sich praktisch am „Freiwilligen" Arbeitsdienst beteiligen, sondern ihn bereits grundsätzlich bejahen und für seine Ausdehnung eintreten. Wer sich an der Militarisierung der Jugend beteiligt und dabei noch in einen Konkurrenzkampf der nationalen „Zuverlässigkeit" mit der SA eintritt, der hilft der Reaktion

Arbeitsdienst, das heißt: Lohndrücker heute und Schlachtopfer morgen!

Ob es wahr wird:

Warschau, 31. Mai 1932.

Im Ministerrat wird, wie verlautet, augenblicklich an einer Notverordnung über die Kürzung der hohen Gehälter in Handel und Industrie gearbeitet, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch den Staatspräsidenten erlassen werden soll. In erster Linie sollen die Direktorengehälter und die Bezüge der Mitglieder verschiedener Aufsichtsräte und dergleichen durch die beabsichtigte Verordnung erfaßt werden.

Ein solcher Gehaltsabbau würde den Beifall Millionen von Proletarier finden. Aber gerade deshalb ist die ganze Meldung wohl nur eine Beruhigungspille der polnischen Faschistenregierung für die ausgebeuteten Massen. Dieser Gehaltsabbau wird sicher nicht durchgeführt.

Der Fleischerstreik geht weiter

Gescheiterte Schlichterverhandlungen Christen wollen ausbrechen — Einheitliche Streikführung

Die erneuten, vom Schlichter zum Mittwoch anberaumten Verhandlungen im Streik der Berliner Wurstwarenfabriken sind gescheitert. Die Unternehmer waren dreist genug, den Fleischern ein Angebot zu machen, wonach der Lohn in der Spitze nicht wie im Schiedsspruch von 1,15 auf 1,03, sondern „nur" auf 1,06 M. bzw. statt von 1,01 auf 0,93 „nur" auf 0,95 M. herabzusetzen. Die Streikenden sollen „nach Beschäftigungsmöglichkeit" wieder eingestellt werden.

In einer Streikversammlung am Mittwochabend wurde dieses Angebot mit ⅔-Mehrheit abgelehnt und Weiterstreik beschlossen.

In der Versammlung des christlichen Verbandes dagegen gelang es der Bürokratie, die Annahme mit 44 gegen 9 Stimmen durchzusetzen. Doch als die christlichen Arbeiter vom Beschluß der übrigen Streikenden hörten, weigerte sie sich, die Arbeit aufzunehmen. Sie kämpfen geschlossen mit den anderen weiter.

In der „Roten Fahne" wird die Frage einer einheitlichen Streikleitung aufgeworfen. Wir halten eine einheitliche Streikleitung von Vertretern aller am Streik beteiligten Gewerkschaften, also auch, soweit es sich um Organisierte im roten Verband handelt, für absolut notwendig. Aber die Durchsetzung dieser einheitlichen Streikleitung wird erschwert durch die Forderung der „R. F.", daß auch Unorganisierte in der Streikleitung vertreten sein müssen. Gewiß soll man mit den unorganisiert Streikenden kameradschaftlich zsammenarbeiten, aber als Streikführer können sie nicht in Frage kommen.

Die „verletzte Staatsautorität"

In der Textilindustrie Württembergs und Südbadens geht seit Wochen ein Tarifstreit über Neuabschluß des Lohnabkommens. Trotz der elenden Hungerlöhne (herunter bis 20 Pf. die Stunde) versucht der Schlichter, den Unternehmern noch entgegenzukommen. Die Unternehmer glauben aber, bei der großen Arbeitslosigkeit und bei der durch die reformistische Taktik zerstörten Kampfkraft der Arbeiterschaft ohne Schlichter und ohne Tarif ihre Arbeitskraft noch besser ausbeuten zu können. Deshalb erschienen sie zu den vom Schlichter angesetzten Verhandlungen erst nach Androhung einer Geldstrafe von 500 M. Aber als sie bei der Verhandlung merkten, daß ein Schiedsspruch gefällt werden könnte, der ihnen nicht genug Lohnabbau brächte, sprengten sie durch Verlassen der Sitzung die Verhandlungen. Darob großes Entsetzen im „Vorwärts". Er schreibt:

„Eine schlimme Brüskierung der Staatsautorität. Ob der Reichsarbeitsminister nun auch den Mut hat, den Unternehmern, die ihn und das Schlichtungswesen formlich verhöhnen, die Zähne zu zeigen?"

O heilige Einfalt! Nichts wird der RA.-Minister den Unternehmern tun, schlimmstenfalls ein paar Mark Geldstrafe werden sie erhalten, die sie hohnlachend zahlen können. Aber sie werden mit ihrer rücksichtslosen Methode ihr Ziel erreichen.

Statt daß der Vorwärts über verletzte Staatsautorität jammert, sollten er und seine Freunde daraus lernen. Nur wenn die Arbeiter- und Gewerkschaftsführer ihre Rücksicht auf die „Staatsautorität" aufgeben und mit derselben Rücksichtslosigkeit wie die Industriellen die Arbeiterinteressen vertreten, kann das Unternehmertum zurückgeschlagen und der Lohnraub abgewehrt werden.

Goldabwanderung aus Amerika

New York, 2. Juni 1932

Am Mittwoch wurden von New Yorker Goldbestände im Werte von 23 089 1000 Dollar nach Europa verschifft, und zwar 9 886 500 Dollar nach Frankreich, 6 000 100 Dollar nach der Schweiz, 3 450 000 Dollar nach Holland, 2 751 100 nach Belgien und 1 001 400 Dollar nach England. Weitere 21 347 500 Dollar in Gold wurden von der Federal Reserve Banken für fremde Rechnung zurückgestellt.

Mandschurei stellt Zollzahlungen ein

TU. Mukden, 31. Mai 1932

Der Außenminister des mandschurischen Staates teilt mit, daß die Ueberweisung der Zolleinnahmen an die chinesische Regierung eingestellt worden sei, weil diese sich weigere, diese Frage mit der Regierung in Mukden zu besprechen. Die mandschurische Regierung sei aber bereit, die bisherige Regierung auf Grund eines neuen Abkommens über die Verwendung der Einnahmen beizubehalten. Sollte ein derartiges Abkommen nicht zustandekommen, so werde die mandschurische Regierung die Verwaltung der Zölle selbst übernehmen. Sie wolle den Angestellten ihre Stellung und ihre Gehälter verbürgen. Die mandschurische Regierung sei bereit, in ähnlicher Weise eine Regelung für den Postdienst herbeizuführen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. mbH. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H.", Berlin O 27 Magazinstr 15 16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Plaza-Theater
Oper i. d. Linden
Freitag, 3. Juni
Salome
Schauspielhaus
Freitag, 3. Juni
Egmont
Schillertheater
Freitag, 3. Juni
Abschied von der Liebe

Volksbühne
Freitag, 3. Juni
Die goldene Uhr
Rose-Theater
Freitag, 3. Juni
Weekend im Paradies
Gartenbühne
Konzert und Varieté
Zigeunerliebe

Kino für Jedermann
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus am Potsdamer Platz II Kurf. 2334
Die unsterbliche Walzeroperette von Johann Strauss im Tonfilm mit Anny Ondra
Die Fledermaus
mit Georg Alexander, Ivan Petrovich, Hans Junkermann
Ein Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 M
Tägl. ab 9 Uhr vorm. Sonntag ab 11 vorm. bis 11 nachts
Größtes Tonkino Nachtklub Berlins

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der große Unterweltsfilm in deutscher Sprache
Straßen der Weltstadt
ferner:
Max Hansen, Ursula Grabley in
Einmal möchte ich keine Sorgen haben

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der Feldherrnhügel
und
Der Boss

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Buffalo Bill
I. Teil
Der tollkühne Reiter
II. Teil
Die brennende Prärie
etwa 2½ Stunden
Jugendliche haben Zutritt

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2.75, Stiefel 3.75, neue Schlafdecken 0.95, 1.65, Monteurjacken und Hosen 1.10, Militärunterhosen und Hemden 0.75 M., Laufschuhe 0.90 M., neue Arbeitshosen, englisch Leder, 3.80 M., neue Schnürschuhe Militärart Vollleder (kein Spaltleder) 4.90 M., neue Militärtuchschuhe, Ledersohle 1.30 M., Militär-Drelljacken 1.10, Hosen 1.10, Ia Windjacken 4.85, moderne Kletterwesten 4.90, neue Ia Reinwollsocken 0.75, reinwollene Pullover 2.90. Trainingsanzüge 4.90. Ia Polohemden, lange Aermel 1.95 M. Alles zum Aussuchen. Militärröcke für Arbeitszwecke 2.80 M. neue Hosen, gebrauchte Hosen 2.50 M., Ia Manchesterhosen 5.75, Ia Köperbarchent-Arbeitshemden 1.95, Ia Sporthemden, fester Kragen, mit Krawatte 2.90. Zeltbahnen, Zelte, Wanderartikel, Rucksäcke, neue Lederjacken, Schlosserhemden, Packerbluseu, Arbeitskittel, Breecheshosen 4.90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf. Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3, Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19

Kino Theater
Unter den Linden 44
Am 3. Juni
Geschlossene Vorstellung.
Der Mann, den sein Gewissen trieb
nach Maurice Rostand
Vorzugskarten dieses Inserats erhalten auf Plätzen von 2 M. an 50 % Ermäßigung.

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Kriminalreporter Holm
und
Mein Freund, der Millionär
Anfangszeiten Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Und wieder 2 Großfilme in einem Doppelprogramm
Hermann Thimig, Szöke Szakall, Fritz Grünbaum in den tollen Lachen von heiratswütigen Leuten
Mädchen zum Heiraten
und
Hermann Speelmann, Elga Brink, Julius Falkenstein
Kriminalreporter Holm

Das Hauptwerk des Historikers Pokrowski
Wir bieten den Genossen an:
M. Pokrowski
Geschichte Russlands von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit
Einzige autorisierte Uebersetzung von Alexandra Ramm.
Ein marxistisches, weitausholendes Monumentalwerk, das in klarer, jedem Proletarier leichtverständlicher Form die Klassenkämpfe in Rußland bis zum Siege der Oktoberrevolution schildert.
Das 629 Seiten starke, in Leinen gebundene Werk offerieren wir den Lesern der „SAZ" für nur 8 Mark (statt zwanzig Mark). Neu, in Schutzkarton, soweit Vorrat vorhanden! Bei Vorauszahlung portofrei! Bestellungen richte man an die
Versandbuchhandlung „DIE AKTION"
Bln.-Wilmersd., Nassauische Str. 17
(Postscheckkonto: Nr. 106206 Berlin)

Subskriptions-Einladung
Demnächst erscheint
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Inhalt: I. Teil: Der Weltkapitalismus der Vorkriegszeit / Der deutsche Kapitalismus der Vorkriegszeit / Der Niedergang des Weltkapitalismus.
II. Teil: Der deutsche Kapitalismus nach Krieg und Inflation / Der deutsche Kapitalismus in der Zeit der relativen Stabilisierung / Der deutsche Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise
III. Teil: Reformismus / Faschismus / Die Aufgaben der Arbeiterklasse ca. 380 Seiten
Subskriptionspreis . . . . Mk. 4.50
Buchhandelspreis voraussichtl. Mk. 7.50
Der Autor gibt auf Grund der marxistischen Analyse der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage ein klares Bild vom Niedergang des gesamten kapitalistischen Systems und den Aufgaben, die die deutsche Arbeiterklasse zu erfüllen hat.
Die Marxistische Büchergemeinde fordert hiermit die Genossen auf, ihre Bestellung umgehend einzusenden. Vorausgesetzt, daß die erforderliche Mindestzahl von Bestellungen bis zum 15. Juni eingeht, kann die marxistische Büchergemeinde das überaus wertvolle Werk zu diesen günstigen Preisen abgeben.
Bestellungen sind zu richten an die
Freie Verlagsgesellschaft m.b.H.
Berlin O 27, Magazinstraße 15-16 Postscheckk.: Berlin Nr. 151261

Vergnügungs-Restaurant Berlins

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Der letzte Walzer
dazu:
Die große Bühnenschau

Theater des Weddings
Müller- Ecke Seltersstraße
Chauffeur Antoinette
dazu:
Hygiene der Ehe

Kampfsignal
heute neu!